

# Deutsche Rundschau

## in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl.  
mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl.  
vierteljährlich 14.86 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig  
3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.  
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung u. c.) hat der Bezieher keinen Anspruch  
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Jahres-Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einspalige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dr. Pf.  
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platz-  
vorrichtung u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen  
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der An-  
zeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.  
**Postscheckkonten:** Breslau 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 23

Bromberg, Dienstag, den 30. Januar 1934

58. Jahrg.

### Der erste Jahrestag des Dritten Reichs.

1933 — 30. Januar — 1934.

Am 30. Januar jährt sich zum ersten Male der Tag, da berufen durch den Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten von Hindenburg, die Regierung der nationalen Erhebung mit Adolf Hitler an der Spitze die Regierung in Deutschland übernahm. Die Reichstagswahl vom 5. März bestätigte die große Machtverschiebung durch das deutsche Volk; 52 v. H. aller Stimmen entschieden sich für die Regierung Adolf Hitlers. Im Sturmschritt fast vollzieht sich die politische Umschichtung in Deutschland: Bei der Volksabstimmung und der Reichstagswahl vom 12. November bekennt sich 95 v. H. aller deutschen Wähler zur Regierungspolitik. Die nationale Revolution hat auf der ganzen Linie gesiegt.

Ein Jahr von den vier Jahren, die Adolf Hitler gefordert hat, um die Neuordnung der deutschen Belange durchzuführen, ist verflossen. Das erste Jahr der Regierung der nationalen Erhebung war ein Jahr gründsätzlicher Umwälzungen auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen, des sozialen und gesellschaftlichen, des kulturellen und spirituell-religiösen Lebens. Staat und Wirtschaft sind und Familie, Kirche, Schule und Recht, Kunst und Wissenschaft zeigen neue, vielfach noch in Gärung befindliche Entwicklungsformen. Nichts konnte sich der großen Umschichtung entziehen. Tiefgreifende Veränderungen geistiger und seelischer Natur haben sich im deutschen Volke vollzogen, das sich restlos der Führung seines Kanzlers Adolf Hitler anvertraut hat. Groß und gewaltig waren und sind die Aufgaben dieser Führung, die nach Beseitigung der Parteien an die Stelle eines überlebten und unfruchtbaren Parlamentarismus geraten ist. Weittragende und bedeutungsvolle Entschlüsse sind gefasst worden und werden noch zu fassen sein.

Mit dem 30. Januar 1933 ist ein neuer verheißungsvoller Abschnitt deutscher Geschichte angebrochen. Das in Parteien gespaltene deutsche Volk hat sich auf sich selbst befreien. Die Volksabstimmung vom 12. November zeigte das deutsche Volk so einig und so geschlossen wie selten im Laufe seiner zweitausendjährigen Geschichte. Der Wille zu einer gesamtdeutschen Volkgemeinschaft ist heute im deutschen Volke lebendiger denn je zuvor. Das ganze deutsche Volk ist wie eine große Familie geworden und der deutsche Mensch im Auslande sieht sich mit dem Mutterlande enger denn je verknüpft, einem geschlossenen und einheitlichen Reichsdeutschland gegenüber.

Die alten politischen Parteien im Reiche, durch ihre Eigenbrüderleien nicht einig, sondern trennend wirkend, sind weggefegt. Das reichsdeutsche Volk hat den Welt zu weltanschaulicher Einigung gefunden. Die Gesamtheit des deutschen Volkes innerhalb der Reichsgrenzen findet sich politisch im nationalsozialistischen Staate wieder. Der Staat, von dem der Kanzler auf dem Nürnberger Parteitag sprach, ist der völkische, bewußt auf dem Volksstum aufgebaute Staat.

Durch die Beseitigung des Parteiwesens wurden alle Kräfte frei für einen geschlossenen Einsatz nach außen, für den Kampf um die deutsche Freiheit und Gleichberechtigung. Eine imperialistische Machtpolitik lehnt das neue Deutschland ab. Es will mit seinen Nachbarn und mit allen anderen Völkern der Welt in Freiheit und Freundschaft leben. Auf der anderen Seite aber verlangt das neue Deutschland mit der gleichen Selbstverständlichkeit für sich das gleiche Recht und die gleiche Ehre, wie sie die anderen Völker genießen; es will selbst nicht unterdrückt und als Nation zweiter Klasse, als Volk minderer Rechte behandelt werden. Wie das Deutschland der nationalen Erhebung am Ende des Volksstums steht und nicht antastet, beansprucht es auch seinerseits, daß das deutsche Volk geadelt und nicht vergemaltigt wird. Der Auszug aus der Abrüstungskonferenz und der Austritt aus dem Völkerbunde verliehen der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung weithin sichtbaren Ausdruck. Wie ehrlich die deutsche Verständigungsbereitschaft ist, das beweisen die von der Regierung der nationalen Erhebung mit den Nachbarn Deutschlands eingeleiteten direkten Verständigungsverhandlungen, die bei der Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen bereits zum Abschluß des Zehnjahres-Pakts vom 26. Januar 1934 geführt haben.

Die Wirtschaftspolitik der nationalsozialistischen Regierung hat nicht nur den weiteren Abstieg der deutschen Wirtschaft verhindert; tatkräftig wurde eine Belebung und Aufwertung der deutschen Wirtschaft durchgeführt. Zwei Zielen vor allem galt das Streben der neuen Regierung: der Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Lebensgrundlage der Nation und der Behebung der ins Ungemessene gesteigerten Arbeitslosigkeit. Eine Arbeitschlacht größten Stils durch Erschließung neuer Wege wurde und wird geschlagen. Der Erfolg ist nicht auszublenden. Die deutsche Wirtschaft beschäftigt fast drei Millionen Menschen mehr als im Januar des verflossenen Jahres. Der Stand von 1930 ist wieder erreicht. Hunderttausenden verzweifelter Menschen ist durch Arbeit ihr Lebensinhalt wiedergegeben worden. Umsfangreiche Werke der Solidarität und der Nächstenliebe, wie das große Winterhilfswerk, liefern daneben den Beweis, wie ernst es dem neuen Staat mit seinem Grund- und Leitsatz „Gemeinnütz geht vor Eigennütz“ ist.

Im wirtschaftlichen Organisationswesen ist ein grundzäglicher Wandel eingetreten. Die Klassenkampforganisationen sind von der Bildfläche verschwunden; die zerstückelten Kräfte sind zusammengefaßt. Durch das Gesetz zum Schutz der nationalen Arbeit, das die Volks- und Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber schafft, hat die Regierung ihren Willen zum Schutze der Arbeit und zur Wahrung der Ehre des arbeitenden deutschen Volkes eindeutig fundgetan; sie hat damit bewiesen, wie halblos die im Auslande erhobenen Vorwürfe sind, sie sei eine Regierung der sozialen Reaktion. Im Gegenteil, wie einst mit der Alters- und Invalidenversicherung Kaiser Wilhelm I. und Bismarck, so wirkt auch hier die nationalsozialistische Regierung bahnbrechend und vorbildlich.

Das erste Jahr der Regierung der nationalen Erneuerung war ein Jahr des Sieges, ein Jahr der umfassenden Sammlung der reichen, im deutschen Volke schlummernden Kräfte. Ein gutes Stück auf dem Wege des deutschen Wiederaufbaues und der deutschen Erneuerung ist zurückgelegt. An der Schwelle des zweiten Jahres winken neue Aufgaben, stehen neue Kämpfe. Sie werden von einem geeinten deutschen Volk bestanden werden.

### Das historische Jahr in Deutschland in polnischer Beleuchtung

In einem längeren Artikel zieht die „Gazeta Polska“, das offizielle polnische Regierungsorgan, aus Anlaß des Gedenktages, der in Deutschland am 30. Januar begangen wird, eine Bilanz über das verflossene Jahr und kommt zu folgenden Schlüssen:

Am 30. Januar läuft das erste Jahr der Regierung des Kanzlers Hitler und seines Lagers ab. Es war

ein Jahr eines großen Umsturzes, ein Jahr, das in der Geschichte Deutschlands die Periode der parlamentarischen Demokratie abschließt und eine neue Epoche eröffnet, deren Richtlinien bereits deutlich gezeichnet sind. Das Jahr war gefährlich sowohl für den Kanzler persönlich als auch für seine Partei, deren Träume verwirklicht werden, deren Programm mit 25 Punkten, das am 25. Februar 1920 veröffentlicht wurde, in die Tat umgesetzt werden sollten. Es muß von vornherein festgestellt werden, daß Hitler aus diesem Versuch siegreich hervorgegangen ist. Nur ein einfacher Mann oder ein Heuchler könnte sich darüber wundern, daß im Laufe des ersten Jahres der Ausübung der Macht nicht das ganze Programm ausgeführt worden ist. Der objektive Beobachter muß zugeben, daß von den 25 Punkten unerwartet viel ins Leben getreten ist. Das Gebäude des dritten Reichs steht auf festen Fundamenten, hat bereits Mauern und Dach; es muß jetzt im Innern eingerichtet werden. Freilich wird das Leben dem ersten Architekten gewiß heute noch schwer zu präzisierende Änderungen in den Einzelheiten aufzwingen; aber es ist sicher, daß der Schöpfer des Dritten Reichs den unverbrüchlichen Willen hat, seinen ursprünglichen Plan ganz zu verwirklichen.

Der Artikel zählt dann eine Reihe von politischen Erfolgen und die ersten Versuche des sozialen Umbaus auf und kommt zu dem Schluss, es wäre noch zu früh zu behaupten, daß Hitler ein neues Wirtschaftssystem geschaffen habe. Er habe die Sozialdemokratie und den Liberalismus unterdrückt und ein mittelbares System eingeführt, durch das die Privatwirtschaft den Interessen des Staates untergeordnet worden sei. Dieses unmittelbare System sei die italienische corporative Struktur. Aber diese indirekten Systeme könnten nur dann funktionieren, wenn im Staat eine starke politische Macht besteht.

### Rücktritt des Kabinetts Chautemps in Paris.

Aus Paris wird gemeldet:

Im Verfolg des Staviski-Skandals wurde jetzt, wie schon seit einigen Tagen erwartet wurde, das Kabinett Chautemps gestürzt. Die Absicht des Ministerpräsidenten, den durch diesen Skandal schwer belasteten Justizminister Rainaldy trotz des Rücktrittsgechts zu halten und mit dem Gesamtteam am Dienstag noch einmal vor die Kammer zu treten, hat sich nicht verwirklichen lassen. Am Sonnabend Morgen hat Chautemps den Rücktritt Rainaldys angenommen und seine Ministerkollegen zu einer Kabinetsitzung für den Nachmittag bestellt. In dieser Sitzung ist der Beschluß des Gesamttritts gefaßt worden, der vom Präsidenten der Republik auch angenommen wurde. Dieser hat den Ministerpräsidenten Chautemps gebeten, die neue Regierung zu bilden. Chautemps hat aber abgelehnt.

### Wüste Nacht nach dem Sturz der Regierung

In der Nacht zum Sonntag war Paris der Schauspielplatz wüster Tumulte. Auf den großen Boulevards in der Nähe der Oper kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei. In den Straßen waren Explosionen vernehmbar, Zeitungsfäden wurden in Brand gesteckt, Straßenlaternen umgerissen und Cafhäuser geplündert. In diesen Demonstrationen, die nicht mehr nur die Angelegenheit kleiner Oppositionsgruppen sind, sondern die ganze Bevölkerung ergriffen haben, macht sich die allgemeine Empörung über den Staviski-Skandal Lust. Es regnete harte und flüssige Gegenstände aller Art auf die Polizei, Szenen

wüster Unordnung, die einem Volksaufruhr ähnlich sahen.

Währenddessen hatte der Präsident der Republik im Elysée, das jetzt zum ersten Mal von Soldaten, Maschinengewehren und Tanks geschützt werden mußte, seine politischen Gespräche aufgenommen, um den neuen Mann anzukündigen zu machen, der nun wirklich Ordnung schaffen soll.

### Herriot oder Daladier?

Paris, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung) Die Pariser Presse neigt der Auffassung zu, daß weder Senatspräsident Jannet noch Kammerpräsident Bouisson für die Bildung des neuen Kabinetts in Frage kommen. Jannet sei zu alt und Bouisson ein eingefleischter Sozialist. Mit seiner Befreiung könnten parteipolitische Fragen, die man doch gerade ausschalten wolle, erst recht aufgerollt werden, um so mehr, als dann die Frage der Beteiligung der Sozialisten aktueller würde. Aus diesen und anderen Gründen hält man die Berufung Herriots oder Daladiers für wahrscheinlich.

Der „Matin“ behauptet, die Chancen Daladiers seien am Sonntag gestiegen — weil Herriot bei den letzten Wahlen eine zu einflußreiche Rolle gespielt habe. Man verlange aber einen neuen Mann, der völlig unbelastet sein soll. Diese Voraussetzungen würden von Daladier (?) erfüllt. Er genieße überdies Sympathien und sei energisch. Schließlich habe er sich bereit erklärt, ohne Rücksicht auf parteipolitische Erwägungen eine weiter nach rechts orientierte Regierung zu bilden.

### Die polnische Presse zum Zehnjahres-Pakt.

Neue Lage in Europa.

Ein offiziöser polnischer Kommentar.

Den am 26. Januar in Berlin zwischen Deutschland und Polen abgeschlossenen Nichtangriffsvertrag begleitet die „Gazeta Polska“, das führende polnische Regierungsorgan, mit einem längeren Kommentar, in dem es u. a. heißt:

Die neue in Berlin durch den Reichsausßenminister von Neurath und den Gesandten Lipski unterzeichnete Verpflichtung bildet einen wichtigen und vielleicht letzten Schritt zur Festigung des Friedens an der deutsch-polnischen Grenze, wie er überhaupt auf diplomatischem Wege erreichbar war. Weder der Völkerbund noch das Rhein-Abkommen schlossen die Möglichkeit eines Krieges aus. Der Pariser Pakt vom Juli 1928 (Voraro-Vertrag) verurteilte zwar den Krieg, machte es aber nicht unmöglich, „zur Gewalt Zuflucht zu nehmen“, wie dies die Wirklichkeit bewiesen hat. Die deutsch-polnische Nichtangriffs-Eklärung vom 15. November vorigen Jahres gibt zwar denselben Intentionen Ausdruck, die das letzte Abkommen genau formuliert, doch sie hatte keinen Cha-

rakter eines Rechtsaktes. Sie bildete zweifellos und ausdrücklich eine moralische Verpflichtung, trug aber nicht den Erfordernissen Rechnung, die rechtliche internationale Verpflichtungen gewöhnlich haben. Das Nichtangriffsabkommen vom 26. Januar ds. Js., das in einen genauen und beiderseitig unterzeichneten Text gefaßt ist, das in fürchterlicher Zeit der verfassungsmäßigen Ratifizierung unterliegt und die Klausel der Zeitdauer des Abkommens, sowie die Art seiner Kündigung enthält, verpflichtet Polen und Deutschland, den Frieden in den gegenseitigen Beziehungen mindestens zehn Jahre hindurch nicht zu verletzen, verpflichtet nicht allein moralisch, sondern auch formell. Dieses Abkommen läßt kein Feld zu Interpretationen offen. Man kann es nur halten oder brechen.

Das jetzige Berliner Abkommen bestimmt, daß in allen Fragen, die zwischen den beiden Staaten entstehen können, der einzige Weg zu ihrer Lösung der Weg sein wird, den beide Seiten einmütig wählen. Es kann sich dabei also um gewöhnliche diplomatische Verhandlungen, um eine Verständigung durch einen Schiedsspruch, um den Haager Schiedsgerichtshof oder andere internationale Instanzen handeln, aber nur dann und insoweit wenn und sofern die betref-

fende Methode zur Erledigung der Frage einmütig durch beide Partner als entsprechend gewählt worden ist. Diese sehr wichtige Bestimmung schaltet gewissermaßen die deutsch-polnischen Beziehungen aus der Zuständigkeit verschiedener internationaler Organisationen aus, die bestehen oder noch eintreten können. Auf diese Weise schaffen Polen und Deutschland in den gegenseitigen Beziehungen nicht allein ein eigenes System der Stabilisierung und der Sicherheit, indem sie die gegenseitigen Beziehungen von den veränderlichen Strömungen verschiedener internationaler Organisationen und Gruppierungen unabhängig machen, sondern, was wichtiger ist, die hypothetische Möglichkeit von deutsch-polnischen Neubildungen hört auf ein Objekt des politischen Spiels für diejenigen Faktoren in der Welt zu sein, die ziemlich deutlich dadurch, daß sie sich die Gelegenheit schaffen, in deutsch-polnischen Streitfragen die Rolle von Schiedsrichtern zu spielen, darauf abzielen, die Möglichkeit zu erlangen, von einer oder auch von beiden Parteien für sich politische Vorteile heranzupressen. Die Atmosphäre, welche die deutsch-polnischen Beziehungen mit ungesunden Dünsten umgab, eine Atmosphäre, mit der wir hier und dort in Westeuropa zu tun hatten, wird auf diese Weise beseitigt.

Das Berliner Abkommen enthält ferner die formelle Erfassung der offensichtlichen Wahrheit und zwar die Unveränderlichkeit der in Kraft befindlichen internationalen und Bündnis-Abkommen, die durch Polen abgeschlossen worden sind. Es ändert sich nichts im Verhältnis Polens zum Völkerbunde. Weder unser Bündnisvertrag mit Frankreich noch das Bündnis mit Rumänien, weder die Freundschafts-Pakte mit der Sowjet-Union und seinen Nachbarn, noch die Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten stehen im Widerspruch mit dem Berliner Abkommen, ebenso wie das Berliner Abkommen nicht im Widerspruch mit ihnen steht. Der positive und friedliche Charakter der Polen bindenden Bündnisse und Abkommen wurde auch in diesem Falle noch einmal festgestellt.

Es ist schwer, in diesem Augenblick die Bedeutung des Berliner Abkommens genau zu bewerten. In jedem Falle ist sie sehr groß. Denn die Berliner Erklärung ist nicht allein der Ausdruck der Friedfertigkeit der beiden Vertragspartner, sie ist überdies ein Beweis des Mutes. Einen Beweis dafür haben sowohl die Reichsregierung als auch die Polnische Regierung erbracht, indem sie es in einer Periode der allgemeinen Verneinung verstanden, sich an schwierige Probleme mit dem Willen ihrer positiven Lösung heranzumachen. Aber weder die Friedfertigkeit noch der Mut wäre viel wert gewesen, wenn sie sich nicht auf die politische Realität gestützt hätten. Das Berliner Abkommen, das als eine Erscheinung dieser Realität gewertet wird, ist eine starke Feststellung dessen, daß in Mitteleuropa, an der deutsch-polnischen Grenze eine dauernde Stabilisierung der Verhältnisse bestehen muß. Zu einem solchen einmütigen Schluß sind beide interessierten Partner gekommen. Über gerade die gemeinsame und endgültige Anerkennung dieser Tatsache ist ein insoweit neuer und bedeutender Faktor, als er einen tiefen und weiten Widerhall finden muss. Wir sind der Meinung, daß gerade wie es in der Erklärung der Polnischen und Deutschen Regierung heißt, die Erhaltung und Festigung eines dauernden Friedens zwischen ihren Ländern die wesentliche Bedingung für den allgemeinen Frieden in Europa bildet. Man kann der Annahme Ausdruck geben, daß die polnische und die deutsche Diplomatie eine neue Lage in Europa dadurch geschaffen haben, daß sie nicht nur und bewußt friedlich die eigene Lage beurteilen und dem in dem jetzigen Berliner Abkommen Ausdruck verleihen.

Auch die übrige Regierungspresse betont die große Bedeutung des aktuellen Deutschland und Polen zustande gekommenen Paktes. Der „Kurjer Poznański“ meint, daß das Abkommen mit der Berliner Regierung eine tiefe und dauerhafte Bestreitung in die deutsch-polnischen Beziehungen hineintrage, und begrüßt „die Festigung des Friedens und der Sicherheit an den Grenzen der Republik als eine weittragende Etappe auf dem Wege der Befriedung von ganz Europa“. Das Organ der polnischen Schwerindustrie, der „Kurjer Polski“, der ebenfalls der Regierung nahestehst, betont unter Hinweis auf die zehnjährige Dauer des Paktes, daß entweder nach Ablauf dieser Frist einer der Partner, gemeint ist Deutschland, sich soviel geprägt haben dürfte, daß er dann mit gesammelter Kraft zur Gewaltanwendung schreiten werde oder aber, daß diese zehn Jahre wirklich eine segensreiche Entwicklung bedeuten könnten, an deren Ende eine so enge Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern stehen würde, daß auch die schwierigsten Fragen friedlich gelöst werden könnten.

Doch diese letztere Möglichkeit der eigentliche Sinn der deutschen Politik ist, werde nun offenbar allmählich auch von solchen Kreisen verstanden, die bisher allen Angerungen des neuen Deutschland mit einem höchsten Maß an Misstrauen gegenübertstanden.

Auch die „Gazeta Warszawska“, das Hauptorgan der polnischen Nationaldemokratischen Partei, trägt der durch den abgeschlossenen Pakt geschaffenen neuen Lage in einem objektiv gehaltenen Artikel Rechnung. Der einzige Mißvergnügte ist der nationaldemokratische „Kurjer Poznański“, der seine Leser in dem Bewußtsein erhalten an müssen glaubt, daß Deutschland die Bestimmungen des Paktes nur solange achtet würde, so lange ihm dies zu passen beliebe.

\*  
Der „Dziennik Bydgoski“ legt — ähnlich wie die „Gazeta Polska“ — in einem Kommentar seines Berliner Korrespondenten dem zweiten Punkt des Paktes (Pariser Pakt vom 27. August 1928) eine besondere Bedeutung bei. Dieser Punkt sei besonders wichtig für die Bevölkerung der Wojewodschaften Posen und Pommerellen, da er eine Anerkennung der Integrität und der Unantastbarkeit der polnischen Grenze enthalte.

## Die Tragweite des Abkommens.

In seinem Kommentar zum deutsch-polnischen Bündnispakt schreibt der Berliner Berichterstatter des „Hannoverschen Kuriers“ u. a. was folgt:

Die außerordentliche Tragweite dieses Vorganges liegt sowohl für Polen als auch vor allen Dingen für Deutschland darin, daß alle wichtigen Fragen ohne Aussicht verhandelt und bereinigt werden, die in dem Verhältnis zwischen den beiden benachbarten Ländern seit dem Abschluß des Versailler Vertrages und der Gründung des polnischen Staates eine Rolle spielen.

Zu diesen Fragen gehört auch die Minderheitenfrage. Wenn der am Freitag abgeschlossene Vertrag besagt, daß innenpolitische Fragen nicht berührt werden sollen, so ist das doch mit einer Einschränkung geschehen:

## Nach der Annahme des Verfassungsgesetzes.

Aus Anlaß der Annahme der neuen Verfassung durch den Regierungsklub im Sejm wurden am Sonnabend und Sonntag im ganzen Lande Kundgebungen und Umzüge organisiert. Viele Häuser trugen Flaggenfahnen. Die Oppositionsparteien machen für das bei der Abstimmung über das Verfassungsgesetz im Sejm angewandte Verfahren formell den Sejmarschall Switalski verantwortlich; sie sind daher übergekommen, in der nächsten Sitzung des Sejm einen Misstrauensantrag gegen den Sejmarschall einzubringen. Bei dem im Sejm herrschenden Kräfteverhältnis ist jedoch keine Aussicht vorhanden, daß dieser Antrag angenommen werden könnte, um so mehr, als entgegen dem Standpunkt der Oppositionsparteien die Regierungspresse behauptet, daß bei dieser Abstimmung allen Formalitäten genüge geschehen sei. Der „Ilustrowany Kurier Codzienny“ bezeichnet die neue Verfassung bereits als eine vollzogene Tatsache. Der Regierungsblock besitzt im Senat die qualifizierte Zweidrittel-Mehrheit, und da zur Annahme von im Senat beschlossenen Änderungen im Sejm elf Zwanzigstel der Stimmen genügen, so könne die neue Verfassung in kurzer Zeit verabschiedet werden.

## Protest-Erläuterungen der Klubs der Christlichen Demokratie und der Nationalen Partei.

Unverzüglich nach der Annahme des Verfassungsgesetzes im Sejm traten die Präsidien der polnischen Oppositions-Klubs, und zwar der PPS, der Volkspartei, der Nationalen Arbeiter-Partei, sowie der Nationale Klub zu Sitzungen zusammen, in denen man über die Form des gegen den Sejmbeschluß einzulegenden Protestes beratschlagte. Nach dieser Sitzung hat das Präsidium des Klubs der Christlichen Demokratie folgende Erklärung veröffentlicht:

„Im Zusammenhang mit der über die Verfassungsthesen des Regierungsklubs erfolgten Abstimmung im Sejm stellt der Club der Christlichen Demokratie fest, daß die Ab-

scheidung sie nicht international geregelt sind. Es ist klar, daß die Frage der Minderheiten längst eine internationale Angelegenheit geworden ist, die nach der Satzung des Völkerbundes im gegenseitigen Einvernehmen behandelt werden soll.“

Wenn weiter in der deutschen Öffentlichkeit die Frage auftauchen sollte, ob auch die Grenzrevision in den Vertrag eingetragen ist, so kann dazu gesagt werden, daß, wie bereits oben erwähnt, keine Frage ausgeschaltet ist. Auch auf Regelungen in der Grenzziehung ist nicht verzichtet worden. Der Bericht, den die beiden vertragsschließenden Parteien ausgesprochen haben, bezieht sich lediglich und ausschließlich auf die Anwendung von Gewalt.

Abweichend von dem bisherigen Brauch und von dem in der Weltöffentlichkeit mit Recht über beleumdeten Genfer Gremium haben Deutschland und Polen eine eigene Verfahrenswelle eingeschlagen. Daß die juristische Form gewahrt ist, geht aus der Tatsache hervor, daß der Vertrag demnächst ratifiziert wird. Seine Grundlage bildet der Kellogg-Pakt von 1928\*, der leider von einzelnen Staaten zur Tarnung benutzt wurde — man denkt nur an das fortgesetzte französische Sicherheitsverlangen — dessen Zweck aber war, den Weltfrieden zu gewährleisten. Daß das durch die zahlreichen Genfer Versammlungen in juristischer Form nicht möglich war, hat sich inzwischen gezeigt.

\* Anm. der „Deutschen Rundschau“: Wir möchten an dieser Stelle verächtigend vermerken, daß es sich bei dem Pariser Pakt vom 27. August 1928, auf den im zweiten Absatz des neuen Abkommens hingewiesen wird, in der Tat um den Kellogg-Pakt handelt und nicht — wie in der letzten Aussage unserer Zeitung irrtümlich in Klammern vermerkt wurde — um das Locarno-Abkommen, das bereits am 16. Oktober 1925 abgeschlossen wurde.

## Die Gesandtschaften in Berlin und Warschau werden zu Botschaften erhoben?

Wie sich der „Ilustrowany Kurier Codzienny“ aus Berlin melden läßt, ist man in dortigen politischen Kreisen der Meinung, daß die äußere Erscheinung der in die neue Phase einer günstigen Entwicklung eintretenden deutsch-polnischen Beziehungen darin bestehen müßte, die Polnische Gesandtschaft in Berlin sowie die Deutsche Gesandtschaft in Warschau zum Range von Botschaften zu erheben. Der Korrespondent des Krakauer Blattes führt von sich aus hinzu, daß diese Frage, wenngleich sie bis jetzt noch nicht offiziell angeschnitten wurde, trotzdem über den Rahmen der Möglichkeit nicht hinausgehe.

## Ein Urteil.

Sämtlichen Kolonisten der deutschen Kolonie Bludow bei Luck ist durch Entscheid des Obersten Verwaltungsgerichtes in Warschau das Eigentumsrecht an ihrem Landbesitz abgesprochen worden.

Diesem Urteil, durch das der vorhergehende Spruch des Landwirtschaftsministeriums bestätigt wird, geht eine lange Leidensgeschichte der kleinen Kolonie voran. Es handelt sich um Leute, die früher in der Kolonie Gnida bei Luck gesiedelt hatten und im Krieg ebenfalls in die Verbannung mussten. Nach Rückkehr aus der Verbannung im Jahre 1919 verkauften sie ihr Land, um auszuwandern. Da der Krieg, der in Wolhynien bekanntlich bis 1921 dauerte, damals noch nicht zu Ende und eine Auswanderung unmöglich war, entschlossen sich die Kolonisten, weiterhin in der alten Heimat zu bleiben, kauften das Gut Bludow, das damals zu haben war, und teilten die 197 Hektar unter sich. Es wurde ihnen die Bedingung gestellt, daß sie einen Teil der Kaufsumme sofort anzahlen sollten, den Rest in zehn Jahresraten. Nach Tilgung sämtlicher Raten sollte das Land ihnen zu eigen gehören, also im Jahre 1930. Jahr für Jahr zahlten die pünktlichen und fleißigen Kolonisten die hohe Rente, die die Hälfte aller Erträge ausmachten, die sie aus den kleinen Wirtschaften herausziehen konnten. Aber in den letzten Jahren stellte der Gutsbesitzer keine Quittungen über die erhaltenen Summen mehr aus, während die Leute weiterhin ihr Versprechen treu erfüllten und in ihrer Arglosigkeit nichts Schlimmes dachten. Als sie 1930 in den Besitz des Landes treten wollten, verklagte der Gutsbesitzer sie wegen Nichterfüllung der Bedingungen (1) und verlangte die Richterklärung des Vertrages. In drei Instanzen, in Luck, im Appellationsgericht in Lublin und

geraden des Christlich-demokratischen Sejmklubs sich während der Beratungen im Saale befunden haben. Trotz des durch den Abg. Stroński unter Berufung auf Art. 125 der verpflichtenden Verfassung gestellten Antrage hat das Präsidium des Sejm jedoch nicht die Feststellung der Zahl der im Saale während der Abstimmung anwesenden Abgeordneten angeordnet. Es wurde somit die für die Verfassungsänderung verpflichtende Bedingung und zwar die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Abgeordnetenzahl nicht festgestellt. Außerdem wurde keine Berechnung der Zahl der Abgeordneten vorgenommen, die gegen die Verabschließung der von Herrn Tar vorgeschlagenen Verfassungsthesen gestimmt haben.“

Die Erklärung vertritt zum Schluß den Standpunkt, daß die Erfordernisse des Art. 125 nicht erfüllt worden seien.

Die Erklärung des Nationalen Klubs deckt sich in ihrem Inhalt mit dem Standpunkt des Klubs der Christlichen Demokratie.

## Demonstration auf dem Piłsudski-Platz.

Auf die Meldung von dem Beschuß der neuen Verfassung versammelte sich Sonntag abend eine Menschenmenge auf dem Marschall Piłsudski-Platz, ferner vor dem Gebäude des Ministerrats-Präsidenten und brachte Hochrufe auf den Staatspräsidenten, Marschall Piłsudski, die Regierung, sowie auf die neue Verfassung aus. Vom Ministerratspräsidium begab sich die Menge auf den Schloßplatz, wo ein Abgeordneter eine kurze Ansprache hielt, in der er den historischen Augenblick betonte, der mit dem Beschuß der neuen Verfassung eingetreten sei. Als der Staatspräsident im beleuchteten Fenster des Schlosses erschien, wollten die Hochrufe kein Ende nehmen. Manifestationen fanden auch in den Lokalen der Organisationen der Jugend-Legion statt. Die Jugend marschierte sodann in einem langen Bogen durch die Straßen der Stadt und sang die „Erste Brigade“.

Vor dem Höchsten Gericht in Warschau, wurde den Kolonisten aber das Recht an ihrem Land zugesprochen, so daß der Prozeß für sie gewonnen schien.

Doch da trat das Landschaftsamt von Luck (Urząd Ziemi Lickiego) auf den Plan. Als die hypothekarische Übereignung erfolgen sollte, gab diese Behörde den Bescheid, daß der Besitz anfechtbar sei, weil die deutschen Kolonisten keine Bescheinigung vorgelegt hätten, daß sie Landwirte (!) seien und daß sie die polnische Staatsangehörigkeit (!) besäßen. Auch diese sehr überflüssigen Bescheinigungen für Männer, die jahrelang ihren Acker bebaut und deren Väter und Großväter in Wolhynien geboren sind, wurden beigebracht. Trotzdem entschied nun wieder die nächsthöhere Verwaltungsinstanz, das Landwirtschaftsministerium in Warschau, daß den deutschen Kolonisten das Besitzrecht aus Gründen der „rationalen Landwirtschaft“ nicht gebühre, da sich in der Umgebung der Kolonien viele Landlose befinden, und da außerdem einer von ihnen 3 Hektar über das zulässige Maß, nämlich 28 statt 25 Hektar besitzt. Dieses unwahrscheinlich klängende Urteil ist dann tatsächlich auch vom Obersten Verwaltungsgericht in Warschau bestätigt worden.

Kommentar überflüssig!

## Republik Polen.

### Auch ein polnisches Sterilisierungsgesetz?

Wie in polnischen Blättern verlautet, soll die Absicht bestehen, auch in Polen die Sterilisierung einzuführen. Die Warschauer Presse berichtet, daß das Justizministerium ein diesbezügliches Gesetzesprojekt bereits ausgearbeitet habe. Es werde demnächst im Sejm eingereicht werden. Das polnische Sterilisierungsgesetz soll in erster Linie Syphiliter sowie unverheirathete Schwerverbrecher umfassen.

### Zunehmende Arbeitslosigkeit in Polen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Polen ist in der Woche vom 18. bis zum 20. Januar wiederum gestiegen, und zwar um 18 189. In der Vorwoche hatte die Zunahme 14 000 betragen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beziffert sich nunmehr auf 886 825.

Aus Katowitz wird gemeldet, daß die Zahl der Arbeitslosen dort auf 17 000 geschätzt wird; es sind jedoch nur 18 100 registriert.

Ehemaliger russischer General in Wilna ermordet.

Aus Wilna wird gemeldet:

Am Sonnabend nachmittag wurden die Sicherheitsbehörden durch die Meldung alarmiert, daß der ehemalige russische General Zygmunt Rynkiewicz in seiner Wohnung ermordet worden ist. In die Wohnung des Generals waren unbekannte Personen eingedrungen, die den General durch einen Schlag mit einem eisernen Gegenstand töteten, worauf sie die Weite suchten. Rynkiewicz war früher in Wilna Oberpolizei-Kommissar.

## Aus anderen Ländern.

### Horch-Wessel-Lied an Dollfuß' Tafel.

Blättermeldungen aus Wien zufolge erköpfte bei dem letzten Empfang, den der Bundeskanzler Dollfuß dem italienischen Staatssekretär Guidi gab, plötzlich in den Prunkräumen des Bundeskanzleramtes die Musik einer Spielbox, die den versammelten Diplomaten und deren Damen das Horch-Wessel-Lied in Erinnerung brachte.

Der Bundeskanzler gab sofort Anweisung, bei den Gästen nach dem Besitzer der Spieluhr zu suchen. Es gelang auch, die Spieluhr zu finden, aber erst, nachdem die vier Verse des Horch-Wessel-Liedes abgespielt waren. Die Spieluhr steckte in der großen Standuhr, die das Büffet des Speisezimmers der Bundeskanzlei zierte.

Bulgarien tritt dem Balkanpakt nicht bei.

Der bulgarische Gesandte in Ankara (Angora) hat dem türkischen Außenminister mitgeteilt, daß sich Bulgarien dem neuen Balkanpakt nicht anschließen werde.

### Schiffs zusammenstoß.

Zwei englische Fischdampfer stießen nach einer Meldung aus Renkjavik bei schwerer See an der isländischen Westküste zusammen. Ein Dampfer ging sofort unter. Beide englische Seelente sind ertrunken.

Unsere Zeit und unsere Ehre bleiben ewig gebrandmarkt in der Geschichte, wenn wir aus dem Unglück nicht Weisheit und aus der Grausamkeit nicht Gerechtigkeit nehmen, wenn wir die schönen Tugenden der Treue, der Milde, der Frömmigkeit und der Tapferkeit nicht zu so hohem Glanz erheben, daß ihr Söhnerschein die Trümmer und Schanden der letzten Jahre verhüllt. Das ist unser Beruf, das ist die erste Aufgabe des Tages, daß wir Gerechtigkeit und Menschlichkeit üben lernen und Tapferkeit der Seelen und Ernst der Sitten, wodurch unsere Väter gelobt wurden, als uraltes deutsches Erbe voranzustellen. Dann werden wir nicht untergehen, und Gott wird über unseren Fahnen schweben und sie mit Sieg umleuchten, und Gott den wir zu lange vergessen hatten, wird in unseren Hütten und Palästen wohnen und, was recht, loblich, weise und edel ist, in die Herzen derer geben, welche die Lote der Völker und das Verhängnis der Zukunft in den Händen halten.

Ernst Moritz Arndt.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 29. Januar.

### Wenig verändert!

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

### Doppelmord in Schwedenhöhe.

#### Frau und Kind erwürgt.

Ein furchtbare Verbrechen, dessen Ursachen noch nicht restlos geklärt sind, wurde am Sonnabend abend oder in der Nacht zum Sonntag in Schwedenhöhe verübt. Im Hause Schwedenbergstraße (Nr. Skorupki) 71 hat der 28-jährige Dachdecker-Arbeiter Anton Kalaczynski, der seit einiger Zeit arbeitslos war, seine 28-jährige Frau und einen dreijährigen Knaben, ein uneheliches Kind der Frau, erwürgt. Wir erfahren über das Verbrechen folgende Einzelheiten:

In dem genannten Hause bewohnte Kalaczynski ein Zimmer bei seinem Großvater, einem 78-jährigen erblindeten Rentenempfänger. Vor etwa sieben Monaten hatte der Mörder geheiratet. Nachdem er einige Zeit Arbeit hatte, war er zuletzt etliche Monate ohne jede Beschäftigung. Seine Frau habe jedoch Beschäftigung in einer Fabrik gefunden und verdiente monatlich 15 Złoty. Der Mann mußte die Führung des Haushalts übernehmen und soll dies mit bewunderungswürdiger Geschicklichkeit getan haben. Er versorgte auch mit großer Liebe das uneheliche Kind der Frau, den dreijährigen Henryk Kłusta, dem er Spielzeug anfertigte und mit dem er sich sehr viel abgab. Kehrte die Frau von der Arbeit zurück, so war das Essen stets bereit und das Zimmer in peinlicher Ordnung. Das Verhältnis zwischen den Eheleuten soll ein gutes gewesen sein, jedoch kam es mit Angehörigen der Frau gelegentlich zu Mißverständnissen. Diese waren jedoch nicht solcher Art, als daß man hätte annehmen können, daß es zu irgend einem Verbrechen kommen würde.

Am Sonnabend hatte die Frau noch den Besuch einer Freundin empfangen und kurz nach deren Fortgang muß sich die Katastrophe ereignet haben. Als am nächsten Morgen ein Verwandter an dem erblinden Rentenempfänger und Wohnungsinhaber kam, begrüßte er auch Kalaczynski, der einen völlig niedergeschlagenen Eindruck machte. Er gestand, daß er die Frau und das Kind umgebracht habe und hauptete, selbst nicht zu wissen warum. Nach der Tat, die wahrscheinlich um 8 15 Uhr erfolgte, hat der Mörder lange Abschiedsbriebe geschrieben und will dann nach der Bahnhofstraße an der Schubiner Chaussee gelassen sein, um seinem Leben ein Ende zu machen. Er kehrte dann aber wieder in die Wohnung zurück und als die Polizei erschien, um den Mörder zu verhaften, hatte er sich über die Leiche seiner Frau geworfen, die er mit Kissen bedeckte. Ins Gefängnis eingeliefert, soll er den Versuch gemacht haben, mit Glasscherben sich die Pulsader zu durchschneiden.

Die Gerichtskommission, die am Tatort erschien, nahm ein Protokoll auf. Die ärztliche Untersuchung der Leichen ergab, daß der Tod durch Erwürgen eingetreten ist. Zwischen der Frau und dem Täter muß sich ein harter Kampf abgespielt haben.

Die Feuerwehr wurde am Sonnabend gegen 6 Uhr abends nach dem Hause Gammstraße 5 alarmiert, wo ein Kellerbrand ausgebrochen war. Das Feuer war schnell lokalisiert. — Am Sonntag war ein Wohnungsbrand im Hause Karlstraße (Warszawska) 6 ausgebrochen. Hier hatten Möbelstücke Feuer gefangen, die direkt an einem Ofen standen. Auch in diesem Falle konnte die Feuerwehr sehr schnell die Gefahr beseitigen. — Am gleichen Tage gegen 14 Uhr nachmittags wurde die Wehr wieder einmal völlig unnötig nach dem Stadttheater gerufen, wo der automatische Feuermelder seine Brauchbarkeit unter Beweis stellen wollte.

Unfälle. Der 14jährige Sohn des Postbeamten H. Podarowski war am Sonnabend nachmittag damit beschäftigt, einen Bleistift anzuspitzen. Dabei glitt das Messer aus und drang ihm in den Unterleib ein. Man alarmierte die Rettungsbereitschaft, die den Knaben in das Städtische Krankenhaus einließerte. Eine sofort vorgenommene Operation schaltete jede Gefahr aus. — Im Kaufhaus „BedeTe“ ereignete sich am gleichen Tage ein Unfall. Als ein 22jähriger Angestellter die Treppe nach dem Erdgeschoss herunterging, schlug er infolge eigener Unvorsichtigkeit mit dem Kopf gegen eine Eisenstange und stürzte darauf die Treppe herunter. Er hat sich eine Gehirnerkrankung und eine Kopfwunde zugezogen.

Ihr Kind ausgesetzt hatte die 26jährige Arbeiterin Helene Górecka aus dem Kreise Brün, die sich jetzt deswegen vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten hatte. Die G. die am 29. Mai v. J. ein

Kind zur Welt brachte, schaffte dieses vier Wochen später zu der Schwester des angeblichen Vaters, wo sie es im Korridor des Wohnhauses niederlegte, gleichzeitig mit dem Ausruf: „Hier habt ihr das Kind und sorgt dafür, da ich dazu nicht in der Lage bin.“ Des Kindes nahm sich die Schwester an, ließ der Mutter nach und versprach ihr, wenn es das Kind ihres Bruders sei, sich dieses anzunehmen. Während die Schwester das Kind in Pflege nahm, wurde gegen die G. Strafantrag wegen Kindesaussetzung gestellt. Die Sache kam nun vor Gericht, vor dem sich die Angeklagte reumügt zur Schuldbekannt. Zu ihrer Verteidigung führt sie an, daß die Eltern sie, als das Kind zur Welt kam, aus dem Hause gewiesen hätten. Da sie in ihrer Notlage keinen anderen Ausweg fand, habe sie das Kind im Korridor des Hauses niedergelegt. Das Gericht erkannte der Angeklagten mildernde Umstände zu und verurteilte sie zu sechs Monaten Gefängnis, gewährte ihr jedoch wegen ihrer bisherigen Straflosigkeit eine zweijährige Bewährungsfrist.

Wegen Widerstandes gegen die Amtsgewalt hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 22-jährige Landwirtsohn Friedrich Breitlin, wohnhaft in Schulitz, zu verantworten. Der Vater des Angeklagten hatte von der Staatsförsterei Jeżerce einige Fuhrten Holz gekauft. Am 31. März v. J. schickte er seinen Sohn, den Angeklagten, mit einem Fuhrwerk nach dem Walde, um das gekaufte Holz abzufahren. Als der junge Mann das Holz bereits auf den Wagen verladen hatte und sich auf dem Nachhauseweg befand, wurde er von dem Förster Alfred Czeleński unterwegs angehalten und zur Rede gestellt, weshalb er gerade an dem Tage, an dem die Abfuhr von Holz nicht stattgefunden sei, das Holz aus dem Walde abgeholt habe. An den Tagen Mittwoch und Sonnabend ist laut einer Verfügung der Forstdirektion die Abfuhr von Holz untersagt, was dem Angeklagten jedoch nicht bekannt war. Zwischen dem Förster und dem B. entstand nun deshalb ein Streit, wobei der letztere dem Beamten angeblich an die Kehle gesetzt haben soll. Der Angeklagte mußte schließlich das Holz wieder zurückfahren und abladen. Vor Gericht gibt B. an, daß ihm die Verordnung der Forstdirektion nicht bekannt gewesen sei und daß nicht er den Förster, sondern dieser ihn geschlagen habe. Der Förster, als Zeuge vernommen, widerspricht diesen Angaben des Angeklagten. Der Verteidiger des B., Rechtsanwalt Spitzer, stellt an den Zeugen die Frage, ob es diesem bekannt sei, daß zahlreiche Landwirte auch an den verbotenen Tagen das Holz abfahren. Der Zeuge beantwortet die Frage damit, daß dies zutrete, jedoch nach vorheriger Einholung einer Erlaubnis, was bei dem Vater des Angeklagten nicht der Fall war. Das Gericht verurteilte nach Schluss der Verhandlung, die Bezirksrichter Świątecki leitete, den Angeklagten zu drei Monaten Arrest, gewährte ihm jedoch eine fünfjährige Bewährungsfrist.

#### Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Cäcilien-Verein. Sonntag, den 4. Februar, im Zivilkasino Wintervergnügen. Chorgesang, Theateraufführung, Tanz, Billette für eingeladene Gäste im Vorverkauf bei Dr. Renawitz, Długa 33, und an der Abendkasse. Beginn 7½ Uhr abends. (1487)

Gesellschaftsverein. Heute, Montag, den 29. 1., Sitzung um 8 Uhr bei Wichter. (1457)

Cracow (Koronowo), 28. Januar. Kürzlich konnte der Baugewerksmeister Heinrich Herbold auf sein 25jähriges Meisterjubiläum zurückblicken.

Kürzlich wurde dem Besitzer Oliuszak in Neuhof (Nowydwór) ein 2½-Jentner schweres Schwein im Stalle abgeschlachtet und gestohlen.

Czarnikau (Czarnków), 28. Januar. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonnabend. Ein etwa 15 Jahre altes Mädchen stürzte auf der steil abfallenden Chaussee von Smiczkowo nach Czarnikau in der Nähe des jüdischen Friedhofes so unglücklich mit dem Rad, daß es mit schwerem Schädelbruch liegen blieb. Die beiden mit dem Fuhrwerk vorbeikommenden 13 und 16 Jahre alten Kinder des Besitzers Nowak aus Smiczkowo legten die Verunglückte auf den Wagen und brachten sie nach dem Kreiskrankenhaus in Czarnikau, wo sie fast hoffnungslos darunter liegt. Über die Person des verunglückten Mädchens ist zurzeit Näheres nicht bekannt.

Die seit dem 6. Januar vermisste Kiedrowska aus der Wronkerstraße ist vor der Stadt als Leiche im Wasser aufgefunden worden. Man nimmt Selbstmord an.

Zur Feier der neuen Verfassung waren am 27. d. M. die Straßen und der Marktplatz reich beflaggt; am Abend fand ein Fackelzug statt.

Gniezen (Gniezno), 27. Januar. Die am Freitag stattgefundene Stadtverordnetensitzung war vom Publikum außerordentlich stark besucht und dauerte drei Stunden lang. Nachdem der kommissarische Stadtpräsident Dr. Lauterer die Sitzung eröffnete, übergab er nach Erledigung der üblichen Formalitäten den Vorsitz an den Vizepräsidenten Dr. Hensel. Das Budget für 1932/33 wurde der Finanzkommission überwiesen. Bevor in der Tagesordnung weiter geschritten wurde, wurde der Antrag gestellt, neue Mitglieder für die Revisionskommission zu wählen. Der Antrag wurde damit begründet, daß das Rechnungsjahr in kurzer Zeit abläuft und es höchste Zeit ist, daß diese Kommission zusammengetragen wird. Dieser Antrag fand Annahme. Ein weiterer Antrag zur Wahl von zwei Beisitzern für die Stadtkasse wurde angenommen. Bei der Rechnungslegung für das Geschäftsjahr 1932/33 kam es zu einem unerwarteten Einwand. Die Ausgaben wurden in aller Form, bis auf eine Betrag von 5757,86 Złoty, der vom Magistrat für Gehälter an Stadtreferendare gezahlt wurde, trotzdem diese Ausgabe durch einen Beschluß seitens der Stadtverordnetenversammlung nicht genehmigt war. Vizepräsident Dr. Hensel begründete diese Ausgabe damit, daß in einer Kommissionssitzung beschlossen wurde, diese Mehrausgabe zu machen. Die Versammlung verwarf jedoch die Erklärung, da diese Kommission nicht berechtigt zu einem solchen Beschluß war. Der Magistrat hätte auf Grund der Nichtberechtigung dieser Ausgaben sich an die höhere Instanz wenden müssen, was er nicht getan hat. Die Erledigung der Angelegenheit soll nunmehr in der nächsten Sitzung erfolgen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung behandelten Anträge für Zuwendungen lokaler Art an verschiedene Vereine, die abgelehnt wurden. Beschlossen wurde, für das heimische Inf.-Regt. Nr. 60 im laufenden Jahre 1000 Kilowatt Strom unentgeltlich abzugeben.

Innowroclaw, 28. Januar. Am Freitag Nachmittag befand sich der Landwirt Jan Nikarski aus Berniki mit seiner Frau auf einer einspännigen Kutsche auf dem Wege nach Innowroclaw. Unterwegs nahm er noch eine Frau

Kapzowa aus Tupadly auf den Wagen. In der Nähe der Solbaue hier selbst an der ul. Pojaznańska fuhr eine hinterherkommende Limousine, die von dem Ingenieur Okoniewski aus Posen gesteuert wurde, auf die Kutsche auf und zertrümmerte diese vollständig. Nikarski und die beiden Frauen wurden durch den Aufprall aus dem Wagen geschleudert. Während Frau Nikarska erhebliche Verletzungen an Hand und Schulter sowie einen Nervenhock davontrug, erlitt Frau Kapzowa nur eine leichte Verletzung an der Stirn und Nikarski kam mit einigen Hautabschürfungen davon. Okoniewski brachte die Verletzten mit seinem Auto zum Arzt.

Ein gerissener Gauner hatte sich dieser Tage in der Person des Konzernzak aus Bromberg, der aus dem Cronei Gefängnis hierher überführt worden war und der schon 21 mal wegen Betruges vorbestraft ist, vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. Der Angeklagte war zu dem Eisenbahner Switalski gekommen und bot ihm als Bücheragent eine „Enzyklopädie“ für den Preis von 90 Złoty an, worauf er sich eine Anzahlung von 34 Zł. zahlen ließ und gleichzeitig bemerkte, daß durch den Kauf Switalski mit 550 Złoty, seine Frau mit 300 Złoty und jedes Kind mit 150 Złoty in der Lebensversicherung versichert seien. Als das Buch nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist nicht eintraf, schrieb Switalski an die angebliche Verleger-Firma und mußte zu seinem Leidwesen erfahren, daß er einem Schwindler zum Opfer gefallen war. Konzernzak gibt seine Schuld zu und bemerkte ironisch, daß er nicht dafür könne, daß es noch Leute gibt, die auf solchen Schwindel reinfallen. Das Gericht verurteilte ihn zu 8 Monaten Gefängnis.

Rak, 27. Januar. In letzter Zeit machen sich hier wieder zahlreiche Fahrräder-Diebstähle bemerkbar. So wurde am heutigen Nachmittag aus dem Vorraum des hiesigen Postgebäudes ein Fahrrad im Werte von ca. 150 Złoty gestohlen. Am gleichen Nachmittag verschwand ein weiteres Fahrrad, das unbeaufsichtigt vor einem Geschäft gestanden hatte.

Posen, 27. Januar. Selbstmord durch Erschießen beging in der vergangenen Nacht im Hotel „Polonia“ an der fr. Auguste Victoriastraße aus unbekannter Ursache der Arzt Oberleutnant Dr. M. Niwiarski. Dieser soll vor der unglückseligen Tat einen Besuch empfangen haben, und es scheint zwischen beiden zu einer Auseinandersetzung gekommen zu sein, in deren Verlauf ein Schuß in den Spiegel abgegeben wurde.

Seit dem 22. d. M. ist der Chauffeur Fr. Kasprzak aus der Wohnung seiner Mutter spurlos verschwunden.

Pajalewo, 29. Januar. In der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde konnten an zwei aufeinanderfolgenden Tagen erhebende Feiern stattfinden. Am 14. Januar feierte die Witwe Caroline Bade im Kreise ihrer Kinder und Enkel ihren 90. Geburtstag. Viele Bewohner der Wieś und Berehrung wurden ihr von fern und nah überbracht. Von ihren 10 Kindern leben in Deutschland. Ganz besonders erfreut wurde das Geburtstagskind durch ein Glückwunschkreiseln des Evangelischen Konsistoriums und durch ein herzliches Schreiben des Herrn Generalsuperintendenten. Am Tage darauf durfte die Witwe Wilhelmine Henke in Klein-Kroschin ihren 91. Geburtstag im Hause ihres Sohnes und im Kreise von Enkeln und Nachbarn begehen. Auch hier durfte der Pfarrer einen herzlichen Gruß des Herrn Generalsuperintendenten und einen Glückwunsch der Kirchenbehörde überreichen. Beide Geburtstagskinder feierten in außergewöhnlicher geistiger und körperlicher Frische und Müdigkeit diesen Freudentag, der nur wenigen beschieden ist.

Schneidemühlchen (Pilla), 27. Januar. In der hiesigen katholischen Pfarrkirche ist die an der Weihnachtskrippe aufgestellte Sammelbüchse bestohlen worden. Da kein gewaltiger Einbruch in die Kirche festgestellt werden konnte, verhielt man sich zunächst abwartend, und schon am nächsten Tage entdeckte ein Fräulein, welches sich zum Säubern und Schmücken zur Kirche begeben hatte, die zwölfjährige Tochter eines Arbeiters, als sie sich an der am Hochaltar aufgestellten Sammelbüchse zu schaffen machte.

Bei der Kriegerwitwe Borch wurde eingebrochen. Man stahl ihr die letzten Notgroschen.

Strelno, 27. Januar. Der 24jährige Gutsärtner Artur Buisse wurde in Strelno-Klasztorne während seiner Beschäftigung plötzlich von den Gutsarbeitern Szczepan Kucharski und Jan Kopiński überfallen und mit Mistgabeln furchtbar bearbeitet, so daß er einen linken Armbruch, eine schwere Kopf- und allgemeine Körperverletzungen davontrug.

Der im Sägewerk Mirabz beschäftigte Arbeiter Jan Sobkowiak geriet unter einen rollenden Baumstamm, so daß er einen linken Beinbruch erlitt und ins Kreiskrankenhaus überführt werden mußte. — Die Chefarzt des Landwirts Pacholski in Giehrz hatte zum Absäubern der Haustiere einen Kessel Wasser aufgekocht und denselben an den Rand des Herdes gestellt. Plötzlich verlor dieser das Gleichgewicht und kippte, wodurch der am Herde stehende Pacholski die Arme und Beine mit dem heißen Wasser begossen wurden, so daß dieselbe schwere Brandwunden erlitt.

## Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,  
im Café und auf den Bahnhöfen die

## Deutsche Rundschau.

### Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 29. Januar 1934.

Krakau + 2,86, Jawischow + 1,30, Warischen + 1,30, Bielitz + 1,69, Thorn + 1,16, Kordon + 1,92, Culm + 1,25, Graudenz + 1,34, Kurzebrat + 1,41, Riebel + 0,71, Dirschau - 0,51, Einlage + 2,20, Schlesienhorst + 2,48.

Chief-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Grotz; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygoda; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 23

Heute früh erlöste Gott nach schwerem Leiden meinen innig geliebten Mann, unseren treusorgenden gütigen Vater, unseren lieben guten Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Neffen

1468

# Hans von Bushe

## Herr auf Mgoszcz

Königl. preußischer Rittmeister des ehemal. Grenadierregiments zu Pferde in Bromberg  
Ritter hoher Orden  
Rechtsritter des Johanniter-Ordens

im Alter von 49 Jahren.

In tiefstem Schmerz

Ellen von Bushe geb. von Hügel  
Hasso von Bushe  
Busso von Bushe

Mgoszcz, (Heimbrunn), den 28. Januar 1934.

Die Beisetzung findet Donnerstag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Trauerhaus statt.

An den Folgen schwerer Krankheit starb am 28. d. Mts. unser langjähriger hochverehrter Chef, der Rittergutsbesitzer, Rittmeister des ehemaligen Grenadier-Regiments zu Pferde in Bromberg, Herr

# Hans von Bushe

## Ritter hoher Orden

## Rechtsritter des Johanniter-Ordens.

Sein vornehmer und lauterer Charakter, seine große Herzengüte, sein stets vorbildlich freundliches Wesen und nimmermüde Hilfsbereitschaft uns gegenüber lassen ihn uns nie vergessen.

Im Namen der Beamten  
Wische, Oberinspektor.

Rittergut Mgoszcz (Heimbrunn), den 29. Januar 1934

Perf. Schneiderin  
nächt bill. Oberhändler  
nebst Aussteuer in und  
außer dem Hause. 721  
Frowert, Chelminsta 5.

Privatauto vermiert.  
Erich Gärnecke  
Kratowista 3. Tel. 878.

Tee Nr. X  
26 Kräuter, verhüttet  
Adverftaltung und  
Folgen, wie Kopf-, u.  
Herzweh, Mattigkeit,  
Schwindel, Schlaganfall,  
verjüngend, 4,50 zl. 1466  
Apotheke Radom, Pom.

Drohtseile  
für alle Zwecke liefert  
B. Muszynski,  
Seilsabrik, Siedlnia 4.

Warne vor Anlauf  
geschäfts Andrejewski,  
ul. Nakielska 21. 763  
A. Marchlewski.

Heirat  
Landwirt  
Administrator eines gr.  
Betriebes, 30 Jahre alt,  
Deutsch-Pole, evang.,  
gute Erziehung, sucht

Lebens-  
kameradin

groß, blond, hübsch, bis  
25 Jahre alt, Einheitsrat  
in Gut erwünscht, reich  
a. Herzensbildung, kinderlieb. Falls vermögt.  
Ausländerin wäre Beibehaltung der Administration mögliche. Str.  
Distrikts, Gesl. 1466  
mit Bild unt. u. 1466  
an die Gesl. d. Ztg. erb.

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

## Ingenieur

jünger Pole)  
wünscht deutsche Dame  
bis zu 23 Jahren zu  
späterer Heirat

Lehrer, Meistermeister  
mit 31. 10000 sucht Dame  
mit etwas Vermögen er-  
wünscht. Ausführ. Zei-  
chrift. mit Bild. zweds  
Heirat. Offert. u. Z. 719  
a.d. Gesl. d. Ztg. erb.

Baumbeamter  
in Schneidemühl, 33 J.,  
evgl., wünscht nette, jg.  
Dame mit aufrichtigen  
Charakter zweds

baldiger Heirat  
kennen zu lernen. Aus-  
steuer u. Vermögen er-  
wünscht. Ausführ. Zei-  
chrift. mit Bild. zweds  
Heirat. Offert. u. Z. 719  
a.d. Gesl. d. Ztg. erb.

Landwirt, 26 J. alt,  
90 Morg. gutes Land,  
u. Damenbekanntheit,  
zweds Heirat. Off. u.  
Z. 699 a.d. Gesl. d. Ztg. erb.

Gesucht älter. Mann  
kennen zu lernen. Aus-  
steuer u. Vermögen er-  
wünscht. Ausführ. Zei-  
chrift. mit Bild. zweds  
Heirat. Offert. u. Z. 719  
a.d. Gesl. d. Ztg. erb.

Justizangestellter  
35 J., jünger. Auslese, per-  
sonenkenntniss. Lebenstell.,  
lebt zurückgezogen, wünscht  
glückliche Heirat mit  
netter, schlicht, häuslich.  
Dame, die ein Ehegut zu  
schaffen verfügt

Ernstige Bewerber, bitte-  
t. Rennum. 9737, Agentur  
Wehrand, Schlesisch-  
sack 32, Berlin N. 54. 1414

Junger Mann, 30 J. a.,  
mit Vermögen, wünscht  
Dame im Alt. v. 25–30  
J., etw. Vermög., oder  
Grundstück

zweds Heirat  
kennen zu lernen. Gesl.  
Offerten unter Z. 710  
a.d. Gesl. d. Ztg. erb.

Alleinstehende Witwe,  
45 J., m. Grundstück im  
Werte v. 30000, wünscht  
Lebenskameraden in ge-  
sicherter Position zweds

späterer Heirat.  
Offerten unter Z. 717  
a.d. Gesl. d. Ztg. erb.

2 Freundinnen  
in Alter von 19 Jahren  
suchen Briefwechsel mit  
besserem Herren zweds

späterer Heirat. Ant-  
worten mit Bild unter  
Z. 1285 a.d. Gesl. d. Ztg. erb.

2—5000 Zloty  
in einem Brief, i. Mittelp. d.  
Stadt v. sofort gesucht.

Offerten unter Z. 732  
a.d. Gesl. d. Ztg. erb.

Halbwaise, ev., 22 J.,  
nicht Lehrstelle i. Fleisch-  
gesl. Geschäft. B. 1465

jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Landwirtstöchter  
evg., auch m. Wirtschaft,  
vermögend, wollen sich  
verheiraten. "Postep",  
jetzt Sniadecka 43. 734

Bromberg, Dienstag, den 30. Januar 1934.

## Pommerellen.

29. Januar.

## Graudenz (Grudziądz)

## Ein geheimnisvoller Gast

erschien vor einigen Tagen vormittags bei dem 79-jährigen Landwirt Pelle in Hohenkirch (Książki), Kr. Briesen, und bat um Nachlager. Die Bitte wurde abgelehnt, da der Fremde keinen Vertrauen erweckenden Eindruck machte. Darauf bat der Besucher, ihm 2 złoty zu leihen, die er zur Fahrt nach Graudenz brauchte. Als Pfand für das erhaltene Geld ließ er eine lederne Brieftasche und einen Stock zurück und erklärte, die Sachen nach zwei Tagen abholen zu wollen. Sodann ging der Mann in Richtung Fürstenberg (Burzatynów), Kr. Graudenz, fort. Abends gegen 5½ Uhr erschien der Fremde wieder. War er am Vormittag bescheiden und höflich gewesen, so trat er jetzt ganz anders auf. Nachdem er die Wohnung betreten hatte, ging er wortlos zum Herde, auf dem eine Lampe stand, zerschlug diese und stürzte sich dann auf Pelle, hielt dem alten Mann mit der Hand den Mund zu, warf ihn aufs Bett und durchsuchte seine Taschen. Geld fand der Bandit nicht, wohl aber raubte er ein über 1700 złoty lautendes Sparkassenbuch. Darauf lief der Räuber aus der Wohnung und verschwand in der Dunkelheit. Wer der Verbrecher ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Im Laufe der vormittägigen Unterhaltung hat er sich p. gegenüber dahin geäußert, daß er in Graudenz „in der Nähe der Brücke“ wohne. Polizeilicherseits wurden nach dem Vorfall Nachforschungen nach dem Raubgesellen angestellt. Hoffentlich gelingt es, ihn zu ergreifen. \*

× Gewerbestatistik. Die Zahl der Graudenser industriellen Betriebe hat sich am im Dezember v. J. auf der gleichen Höhe gehalten: es sind 30 neue hinzugekommen und ebensoviel eingegangen. Bei den Handwerksunternehmen war eine Zunahme von 7 Betrieben zu verzeichnen (5 eingegangene und 12 neu hinzugekommene). \*

× Auch das 2. Finanzamt (Urząd Skarbowy) hat, wie es bekannt gibt, seine Büros nach Gartenstr. (Ogrodowa) 31, 2. Etage (früher Bezirkslandamt) verlegt. So sind also beide Finanzämter in diesem Hause vereint. \*

× Tiersünde. Noch ist, wie amtlich bekanntgegeben wird, bei einem Pferde von Frau Grabowska in Gottschalk (Gorzyce), Kr. Graudenz, festgestellt worden. Die nötigen Schmähnahmen sind getroffen. — Erloschen ist der Pferderoth auf dem Gehöft des Landwirts Fr. Wojtalewicz in Gruta (Gruta), Kr. Graudenz. Die Schmähnahmen sind deshalb aufgehoben worden. \*

× Unfall. Freitag nachmittag gegen 5 Uhr wurde in der Nähe des Bahnhünganges in der Culmerstr. (Chelmńska) der Eisenbahnarbeiter Wiktor Kołomski, wohnhaft Czarnecki-Kaserne, von dem in Richtung Baskowitz fahrenden Personenzug umgestoßen und nicht unerheblich verletzt. Man brachte den bestimmtlosen Verunglückten ins Krankenhaus. Sein Befinden ist den Umständen nach befriedigend. \*

× Schnell tritt der Tod den Menschen an. Donnerstag vormittag trat der hierorts in der Mühlenstr. (Młyńska) wohnhafte 47-jährige pensionierte Polizeiwachtmeister Remppulski eine Reise nach Schweden an. Unterwegs erkrankte er plötzlich so heftig, daß er bestimmtlos ins Graudenser Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er Freitag vormittag verstarb. \*

× Festgenommene Einbrecher. Vor längerer Zeit wurde, wie schon des öfteren, in der Schuhfabrik des Herrn Adolf Domke jr., Culmerstr. (Chelmńska), ein größerer Einbruchsdiebstahl verübt. Alle nach den Tätern angestellten Nachforschungen erwiesen sich als vergeblich. Jetzt ist es der Kriminalpolizei gelungen, die Täter zu entdecken und zu verhaften. Es sind dies drei Personen namens Bernard Chudziński, sowie zwei Brüder Antoniński (Stanisław und Władysław). Sie wurden ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert und werden sich demnächst zu verantworten haben. \*

A. Der Sonnabend-Wochenmarkt brachte neben guter Belebung auch reichlichen Verkehr. Er stand vor allem im Beischen der Butter, deren es besonders viel gab. Sie kostete 1,00—1,20, Eier 1,50—1,80; Glumse 0,15—0,40; Birnen 0,60, Äpfel 0,35—0,60, Zitronen 3 Stück 0,25, Weißkohl 0,07 bis 0,10, Rotkohl 0,10—0,15, Rosenkohl 0,25—0,30, Spinat 0,70—0,80; 1 Topf Schnittlauch 0,40—0,50, Zwiebeln 0,15 bis 0,20, Kartoffeln 3tr. 2,50—3,00, Pf. 0,04, Grünzeug Bdch. 0,10—0,15; Gänse Pf. 0,70—0,80, Enten Stück 3,00 bis 4,00, Hühner 2,50—4,00, Tauben Paar 1,00—1,20, Puten Stück 4,50—7,00; Hühne 1,20, Karaffen lebend 1,20, andere 1,00, Barsche 0,65—0,80, Strömlinge 4 Pf. 1,00, Heringe 3 Pf. 1,00, Breitlinge 0,15, Sprotten 0,25—0,30. Die Gärtnersände waren heute wieder besetzt; man kaufte einen Stiel Flieder zu 0,50—0,70, Rosen 0,75—1,00 das Stk., 1 Bdch. Alpenveilchen 0,25, Primeln Topf 0,80, Asparagus Topf 1,00—1,50. Der Markttag war befriedigend. \*

## Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Die Kostümfrage zum Maskenball der Graudenser Deutschen Bühne am Rosenmontag, dem 12. Februar, „Im Märchenland“ ist sehr einfach und sehr billig zu lösen. Die vielen uns allen vertrauten Märchengestalten lassen so weiten Spielraum zu, daß jeder mit wenigen Mitteln sich ein Kostüm zusammenstellen kann; und er sollte es auch tun, denn mit dem Kostüm hat man sich auch eine andere lebensfrische Stimmung zugelegt, und die Maske bietet so sehr viel Gelegenheit, harmlose Niedereien auszuführen. Wer aber kein besonderes Kostüm tragen will, ist auch willkommen, es wird aber dann gebeten, dem ballmäßigen Charakter des Festes entsprechend im dunklen Gesellschaftsanzug zu erscheinen. Das alles ist aber genau in den Einladungen angegeben; verlangen Sie sie vom Geschäftszimmer Mala Groblowa, Ecke Mickiewicza 10, denn Eintrittskarten werden nur gegen Abgabe der Einladung abgegeben. 1378 \*

## Thorn (Toruń)

## Erleichterungen bei der Gebäudesteuer?

lautete das zweite Referat, das Syndikus Rundt in der letzten Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins Thorn hielt.

Die Gebäudesteuer wurde bisher bekanntlich von der im Jahre 1914 erzielten Friedensmiete erhoben, sofern aber Wohnungen ab fünf Zimmern und Läden in Frage kamen, von der eigentlich erhobenen Miete. Da infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage die Friedensmiete nur noch in seltenen Fällen gezahlt wird, war die Steuer für den Haushalt natürlich zu hoch. Nun hat der Finanzminister ein Rundschreiben an alle Finanzkammern erlassen (L. D. B. 4921 2/3/33) das neue Richtlinien für die Veranlagung zur staatlichen Gebäudesteuer enthält. Dies Rundschreiben lautet in deutscher Übersetzung: „Das Finanzministerium hat aus den durch die Haushalterverbände vorgelegten Memoranden ersehen, daß nicht alle Kammern in gleicher Weise praktisch die Steuererleichterungen betreffend Gebäudesteuer nach Artikel 4 des Gesetzes vom 12. März 1928 handhaben. Aus diesem Grunde werden folgende Anweisungen getroffen:

Die ganze oder teilweise Streichung der Gebäudesteuer auf Grund des Artikels 4 kann erfolgen:

1. falls die Eintreibung der Rückstände die Existenz des betreffenden Haushalters gefährdet,
2. falls die Eintreibung der Steuer von dem Mieter unmöglich wäre.

Zu den zu 2. angeführten Umständen gehören auch Fälle, in denen Lokale leerstehen oder in denen der Haushalt eine geringere Miete erhebt als die Grundmiete (von 1914) beträgt. Die Anwendung von Steuererleichterungen ist zulässig, falls die Eintreibung der Steuer durch die Mieter unmöglich ist nicht nur bei 1- bis 2-Zimmerwohnungen, bei denen eine Exmission gesetzlich unzulässig ist, aber auch bei größeren Lokalitäten. Das Gesetz um Erleichterung aus Gründen zu 2. kann berücksichtigt werden, falls durch Leerstehen, Herausheben der Miete oder Unmöglichkeit der Eintreibung derselben die Grundlage zum Ausmaß um 15 Prozent überschritten wird, in der Regel müßte eine Berücksichtigung stattfinden, falls der Ausfall höher ist als 20 Prozent von der Gesamtkasse des betreffenden Grundstücks im Jahresverhältnis. Die Berücksichtigung findet statt auf individuelle Anträge, wobei der Antragsteller zur Erbringung des Beweises verpflichtet ist. Als solche Beweise können dienen die Akten der fruchtbaren Pfändung auf Grund eines Gerichtsurteils, dann Mietquittungsbücher sowie alle anderen glaubwürdigen Beweise und Notizen von Personen, die über die Höhe der in dem betreffenden Hause zu zahlenden Mieten orientiert sind.“

Hieraus ergibt sich also, daß die Veranlagung für 1934 nur auf Grund der tatsächlich eingekommenen Miete pro 1933 erfolgen muß, ohne Rücksicht darauf, daß die Friedensmiete (1914) höher war. Falls höfwillige Mieter irgend eine Mietrate nicht bezahlt haben, so muß diese Mindereinnahme an Mieten berücksichtigt und abgezogen werden. Die Reklamationen gegen die Einstellung zur Gebäudesteuer sind heute umständlicher als früher: sie müssen durch das zuständige Finanzamt an die Finanzkammer gerichtet und mit Stempelmarke versehen werden.

In der sich anschließenden allgemeinen Aussprache wurde dem Redner der Dank der Zuhörer ausgesprochen, dann wurde erwähnt, daß alle alten Mietverträge, die vor dem 1. Januar 1927 aufgestellt sind und mit der Verlängerungslaufzeit noch laufen, jetzt unbedingt zu verstempen sind. In Bromberg sind dieserhalb bereits strenge Prüfungen und Bestrafungen erfolgt. — Wie neulich bereits in der „Deutschen Rundschau“ mitgeteilt, ist in Thorn die Straßenreinigungsbühr für Anlieger ungepflasterter Straßen aufgehoben worden. Falls dieser oder jener doch noch einen Zahlungsbefehl erhalten sollte, so muß er innerhalb von 14 Tagen Reklamation einlegen, da sonst die Einspruchsfrist verstreicht und er die Zahlung leisten muß. — Bewegte Klage wurde darüber geführt, daß Exmissionsklagen sich so schrecklich lange verzögern. Dies ist tatsächlich dann der Fall, wenn neben der Exmission auch auf Zahlung der nicht entrichteten Miete geklagt wird. Daher empfiehlt es sich, in allen Fällen zuerst nur Klage auf Exmission einzureichen, wobei der Mieter aber mit mehr als zwei Mietraten im Rückstande sein muß. Wenn die Exmission dann ausgesprochen und durchgeführt ist und die Wahrscheinlichkeit besteht, daß eine Klage auf Erstattung der Mietrückstände Erfolg verspricht, dann erst klage man die Miete ein. Andernfalls sollte man lieber die Miete schließen lassen, um sich unnötige Kosten und Ärger zu ersparen. \*

## Die erste Sitzung des neuen Stadtparlaments

stand Donnerstag nachmittag im Stadtverordnetensitzungssaal im Rathause statt. Punkt 6 Uhr eröffnete Stadtpräsident Volt die Sitzung und nahm zunächst von den vollzählig erschienenen Stadtverordneten den Dienststet entgegen. Nach der Beendigung dieses feierlichen Aktes und einer kurzen Ansprache des Stadtpräsidenten überreichte Stadtpräsident Michalek dem Stadtpräsidenten eine Resolution, enthaltend den Text eines Dankeschriften an den Wojewoden und den Stadtpräsidenten Volt, welche die Versammlung einstimmig annahm.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete die Wahl der Mitglieder für die Ratskommissionen. Stadtpräsident Michalek meldete im Namen des Regierungsblocks vier Kandidaturen für die Finanzkommission und vier für den Verwaltungsausschuß an. Weitere Kandidaturen meldete im Namen der übrigen Klubs Stadtpräsident Michalek, und zwar gleichfalls je vier für jede Kommission. Dem Wahlergebnis zufolge gehörten der Finanzkommission an die Stadtverordneten: Stefanowicz, Szulc, Merda, Gosłński, Sacha, Lawniczak und Lewandowski; dem Verwaltungsausschuß die Stadtverordneten: Przyłęcki, Kociurki, Kandyba, Nolewski, Doerner, Augustyniak, Osmialowski und Michalek und schließlich der Revisionskommission die Stadtpräsident Merda, Augustyniak und Dr. Twardzicki.

## Schutz gegen Grippe

Halsentzündung und Erkältung durch



In allen Apotheken erhältlich.

1009

Nach einer kurzen Pause fand um 7 Uhr eine zweite Sitzung statt, in der die Stadtpräsident Wienczek, Leon Penkalla, Dr. St. Woyda und Dr. Tadeusz Michajda in geheimer Wahl zu Beisitzern der Stadtverwaltung gewählt wurden, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloß. \*\*

\* Unter dem Vorsitz des Wojewoden Kirtkis fand im Beisein des Stadtpräsidenten Volt, des Bürgermeisters der Stadt Podgorz Stamirovski und einiger Vertreter der Behörden eine Konferenz statt, die die Angelegenheit der Schaffung von Unterlagen für den rationalen Ausbau der Terrains auf dem linken Weichselufer, und zwar auf dem Gebiet der Stadt Podgorz sowie der Gemeinden Stewken (Stawki), Piaś (Piaśki) und Rudak, zum Beratungsgegenstand hatte. Der Wojewode eröffnete die Sitzung, worauf Stadtpräsident Volt die Entwicklung der Bauaktion auf den auf dem linken Weichselufer belegenen Terrains schilderte. Im Laufe der Diskussion kamen die Konferenzteilnehmer dahin überzeugt, daß die beschleunigte Inangriffnahme der zur Diskussion stehenden Sache im Rahmen eines entsprechend ausgearbeiteten Programms, welches das Projekt der Verkehrsadern, der Ausbaupläne für die zu Wohnungs-, Gewerbe- sowie Sportzwecken usw. bestimmten Terrains, sowie der Projekte für die Kanalisation, Wasserleitung und elektrische Lichtversorgung umfassen müsse, eine unumgängliche Notwendigkeit sei. Zwecks Wahrung der Interessen der Stadt Podgorz sowie der Gemeinden Piaś, Stewken und Rudak beschloß der Wojewode in Übereinstimmung mit Art. 23 des Bangeches, eine Kommission für die Anfertigung eines Planes für den Ausbau auf den Terrains der eingangs erwähnten Gemeinden einzusezen. \*\*

+ Der Wasserstand der Weichsel betrug Sonnabend früh 1,04 Meter über Normal. Der eisfreie Streifen am Stadtufer hat nun schon eine ganz ansehnliche Breite. \*\*

t Verspätete Glückwünsche zu dem im Vorjahr gefeierten 700-Jahresjubiläum der Stadt trafen dieser Tage aus Ungarn bei der hiesigen Stadtverwaltung ein und zwar durch Vermittlung der Polnischen Gesandtschaft in Budapest. In einem schönen Album waren Glückwunschkarten der ungarischen Hauptstadt, der Polnisch-Ungarischen Gesellschaft dort selbst und von 22 anderen ungarischen Städten enthalten. Als Dank für diese Aufmerksamkeit wird die Stadtverwaltung jedem der Gratulanten eine Geschichte der Stadt übersenden, die in nächster Zeit im Druck erscheinen soll. \*\*

t Zwei „Alchimisten“, Stanisław Kożłowski und Josef Janowski, 20 und 18 Jahre alt, beide aus Briesen, mußten dieser Tage wegen „unangebrachter Verwendung ihrer chemischen Kenntnisse“ auf der Anklagebank des Bezirksgerichts Platz nehmen. Die beiden Jünglinge hatten nämlich 2- und 5-Groschen-Stücke mittels einer Flüssigkeit behandelt, die ihr kupfernes Aussehen in ein nickel- oder silberähnliches verwandelte. Der Zweck dieser Übung war, die lieben Mitmenschen zu täuschen und ihnen die 2- und

## Graudenz.

## Weiße Wochen ab 29. 1. 1934

Große Auswahl in Weißwaren garant. federdichte Bettinlett, Unterbettrells

Handtücher in Leinen, Halbleinen und Trotté

Damen-, Herren- und Kinder-Büste.

Strümpfe, Handschuhe, Stickerei,

Klöppel- und Seidenspitzen.

Aleiderstosse in Wolle und Seide usw.

Solide Bedienung Billige Preise Henryk Krause  
Grudziądz, Wybickiego Nr. 17. 1455

## Deutsche Bühne

Grudziądz E. B.

für die Winterhilfe

Sonntag, 4. Febr. 1934

um 19 Uhr

im Gemeindehaus:

Zum ersten Male!

„Der Strom“

Drama in 3 Aufzügen

von Max Halbe

gespielt von

Reinertrag

wird zu Gunsten der

Winterhilfe abgegeben.

Eintrittskarten

von 80 gr bis 1.8 zł im

Großtheater

der

Deutschen Bühne Mala

Groblowa, Ecke Mickiewicza 10. Tel. 35. 1355

## Photo-Arbeiten

im Aufpolstern von

Matratzen, Sofas, Klub-

garnituren usw. 1404

Bl. 23. Szczerba 21, M. 9.

Toruńska 6, Wohnung. 5.

## Thorn.

## Hebamme

Felle von Hosen,

Kittissen,

Stegen,

Rälbern u.

alle anderen

tauft Lederhandlung

Kunze & Ritter Rast.

Toruń, Leglarsta 21. 973

5-Groschen-Stücke als 10- und 20-Groschen-Stücke „anzubrechen“. Die „Fabrikate“ fanden aber nicht den erwarteten Anklang, sondern vermittelten den beiden nähere Bekanntschaft mit der Polizei und der Gerichtsbehörde. Diese ließ gegen die beiden Sünder außerordentliche Milde walten, indem sie sie nur zu der geringstzulässigen Strafe, nämlich je 2 Jahren Gefängnis, verurteilte.

# Die Tätigkeit der Diebeszunft „beschränkte“ sich am Freitag auf „nur“ einen Einbruchs- und einen versuchten Einbruchsdiebstahl sowie auf vier gewöhnliche Diebstähle kleinen Umfangs. Wegen Übertretung polizeilicher Verwaltungs- bzw. handels-administrativer Bestimmungen wurden fünf bzw. zwei Protokolle geschrieben. — Franciszek Piasek, Janischenstraße (ul. Grunwaldzka) 26, meldete, daß bei ihm ein Wolfshund zugelaufen sei, den er bis zur Abholung durch den rechtmäßigen Eigentümer bei sich behalten wolle.

\* Aus Anlaß der Annahme der neuen Verfassung prangten am Sonnabend alle öffentlichen und militärischen Gebäude im Flaggenschmuck, ebenso hatten viele Privathäuser ihre Flaggen herausgebracht. In den Straßen herrschte lebhaftester Betrieb, zumal bekannt geworden war, daß die Truppen den Tag durch eine Defilade begehen würden. Eine allgemeine Parade der Garnison fand allerdings nicht statt, dafür marschierten aber in der Mittagszeit zwei Kompanien mit Klingendem Spiel durch die Hauptstraßen. Gegen 6 Uhr abends bewegten sich von verschiedenen Seiten Fackelzüge des Militärs und der Militärischen Vorbereitung der Eisenbahner zum Altstädtischen Markt (Rynek Staromiejski), wo sie zu einem Festakt Aufstellung nahmen. Mit geführte Transparente machten auf die Bedeutung des Tages aufmerksam und ließen die neue Konstitution hochleben.

v Podgora bei Thorn, 27. Januar. Die erste Sitzung der neu gewählten Stadtverordneten-Versammlung fand am Mittwoch dieser Woche im Sitzungssaal des Magistrats statt. Nach der Eröffnungsansprache des Bürgermeisters Stamirowski wurde zunächst zur Verpflichtung und Einführung der neuen Stadtverordneten geschritten. Sodann wurden der Bericht über die Revision der Stadtkasse für Dezember zur Kenntnis genommen und die Mitglieder für die einzelnen Kommissionen gewählt. Weiter wurde die Einrichtung eines Mietneinigungsamtes einstimmig beschlossen, desgleichen die Elektrifizierung der Stadt nach Erhalt einer entsprechenden Anleihe in Höhe von 50 000 Zloty auf 5 Jahre. Zum Schlus wurde noch das Rundschreiben des Wojewoden betreffend den Schutz der Eisenbahn vor Schneeverwehungen zur Kenntnis genommen.

# Aus dem Landkreise Thorn, 27. Januar. In nicht bildenswerte Situation kam neulich mittag der Förster Göttel aus Zukau (Zukowo), der im Walde einige Personen mit gestohlenen Weidenbündeln anhielt und die Legitimierung von ihnen verlangte. Die Leute fingen sofort zu schreien und laut um Hilfe zu rufen an, so daß sich in kurzer Zeit etwa 50 Personen an Ort und Stelle einfanden, die Knüppel ergripen und damit den Beamten und seinen Gehilfen totzuschlagen drohten. Den beiden Waldhütern blieb zum eigenen Schutz schließlich nichts anderes übrig, als von ihren Schußwaffe Gebrauch zu machen. Sie gaben im ganzen fünf Schüsse ab, die die Wirkung hatten, daß der Menschenhaufe schleunigt aneinander stob. Die Hauptträger wurden erkannt, so daß inzwischen bereits ein Verfahren gegen sie eingeleitet werden konnte.

iz Konitz (Chojnice), 28. Januar. Zu einer interessanten Verhandlung kam es gestern vor dem hiesigen Landgericht. Der Schriftleiter des Konitzer Tageblatts Johannes Senftleben war wegen Beleidigung des polnischen Staates und Volkes angeklagt, weil er am 26. September 1933 eine Notiz gebracht hatte, daß nach einer Meldung der polnischen Telegraphenagentur Hitlers „Mein Kampf“ beschlagnahmt wäre. Als Grund waren 6 Zeilen dieses Buches angegeben, in denen sich der Reichskanzler gegen die Assimilierung und Germanisierung der Polen in Deutschland aussprach. Herr S. führte zu seiner Verteidigung an, daß dieselbe Notiz in deutschen Blättern in Katowitz erschienen sei und daß er sich auf die polnische amtliche Telegraphenagentur berufen habe. Eine Beleidigung hätte ihm vollständig ferngelegen. Der Staatsanwalt zog darauf seine Anklage zurück und beantragte nur eine Geldstrafe von 20 Zloty wegen Veröffentlichung von Nachrichten über eine eingeleitete Untersuchung ohne Genehmigung der bestehenden Behörde. Der Richter Janowski war jedoch anderer Ansicht als der Staatsanwalt und verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung des polnischen Volkes zu vier Wochen Arrest. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Aus Anlaß der neuen Verfassung fand heute abend um 6 Uhr ein Umzug des Militärs und einiger Vereine statt. Trotzdem alle Vereinsleiter gegen Mittag eine Benachrichtigung erhalten hatten, waren nur wenig Korporationen erschienen. Vom Balkon des Rathauses hielt Starost Mieszkowski eine Ansprache, in der er auf die Wichtigkeit der neuen Verfassung und auch auf das soeben abgeschlossene Verständnissabkommen zwischen Deutschland und Polen hinwies. Anschließend fand wie üblich ein Vorbeimarsch statt.

Der letzte Wochenmarkt hatte unter der Nähe des Monatschlusses sehr zu leiden und die Preise waren dementsprechend ziemlich gedrückt. Es wurden gezahlt für Butter 1.-1.30, Eier 1.80-2.00, Kefel 16-18.00.

p. Neustadt (Wejherow), 27. Januar. Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Karoffeln 2.50, Eier 1.50-1.60, Butter 1.00-1.30, Kefel 10-12 Zloty.

Der Verein selbständiger Kaufleute hielt seine letzte Sitzung unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder im Restaurant Meinhardt ab. Nach Konstituierung des Vorstandes der Jahresversammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht und entwarf ein Bild von der Tätigkeit des Vereins. Er hörte u. a. hervor, daß der Verein gegenwärtig 54 Mitglieder umfaßt, die Begräbniskasse sich der Bugehörigkeit aller Mitglieder erfreue, daß im vergangenen Jahre 10 Plenarsitzungen und eine Reihe Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Kassenführer Bischowski erstattete den Kassenbericht. Namens der Revisionskommission referierte Franz Pollak, worauf dem zurücktreten den Vorstand einstimmig das Absolutorium ausgesprochen wurde. Aus der nunmehr vorgenommenen Vorstandswahl ging auf allgemeinen Wunsch der alte Vorstand hervor: Vorsitzender Meinhardt, stellv. Vorsitzender Groenwald, Schriftführer Kuchta, Stellvertreter Teofil Baldewski, Kassenführer Bischowski, Sutarski, Fr. Pollak und Amandus Gański — Revisionskommission; Prusinski und Kapera — Beisitzer. Der Leiter der Handelsvorschule referierte über den Stand dieses Instituts und hob deren Be-

deutung für die jungen angehenden Kaufleute hervor.

\* Nunovo (bei Landsburg), 29. Januar. Der Vorwerksverwalter Friedrich Krause und seine Chefin Wilhelmine feierten das Fest des goldenen Ehejubiläums. Das Jubelpaar war an seinem Ehrentag umgeben von 8 Kindern und vielen Enkelkindern. Die feierliche Einsegung fand im Hause durch den Ortspfarrer statt. Der Kirchenchor der evangelischen Gemeinde Nunovo verschonte die Feier durch Gelänge.

a. Schwer (Swiecie) 28. Januar. Die staatliche Oberförsterei Swieciatowko hiesigen Kreises wird am 20. d. M. um 10 Uhr vormittags im Lokale von Knuth in Johannisthal gegen Barzahlung eine Partie Nussholz verkaufen.

Zu der Tragödie, die wir in Nr. 20 dieses Blattes berichteten, wonach ein Ehepaar in der Wohnung eines Bankbeamten erschossen aufgefunden wurde, wird jetzt bekannt, daß der Ehemann aus Warschau von 8 Tagen nach Schwer gekommen war, seine Frau zu besuchen. Während

seines Hierseins erfuhr er, daß seine Frau ihm unten geworden sei, worauf er von Eifersucht gepackt seine Frau und dann sich selbst erschoß.

Auf dem letzten Wochenmarkt wurde für Butter, die sehr reichlich vorhanden war, 1.10-1.20 pro Pfund bezahlt, für Eier 1.50-1.60 pro Mandel.

f Strasburg (Brodnicz), 27. Januar. Ein Vieh- und Pferdemarkt findet hier am Donnerstag, dem 1. Februar, statt.

g. Stargard (Starogard) 27. Januar. Die erste Sitzung des neuen Stadtparlaments war von einer Dauer von 5 Stunden. Ua wurden vor der Liste der Nationaldemokraten und der Arbeiterpartei die Städte Cesars und Koslaka, von der Regierungspartei Dr. Popiel in die Stadtverwaltung gewählt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Wohnungsmiete in den städtischen Häusern um 20-25 Prozent herabgesetzt. Der Antrag, Teilung der Volksschulen in zwei Knaben- und zwei Mädchenklassen, wurde vertagt.

## Der Stahlhelm wird völlig mit der SA verschmolzen.

Aus Berlin wird gemeldet:

Die Oberste SA-Führung gibt im „Völkischen Beobachter“ bekannt, daß der bisher noch in der SA R I weiterbestehende Kernstahlhelm mit der SA völlig verschmolzen wird und unter den Befehl des SA-Gruppenführers tritt, in dessen Bereich die SA R I-Einheiten liegen. Hand in Hand mit dieser organisatorischen Maßnahme legt der bisherige Kernstahlhelm den feldgrauen Rock ab. Sämtliche SA-Gliederungen tragen nunmehr einheitlich das braune Ehrenkleid.

## Führerwechsel im Ryffhäuserbund.

Reichspräsident von Hindenburg, der Schirmherr des Deutschen Reichskriegerbundes Ryffhäuser, hat den Rücktritt des Ryffhäuserbundesführers, General der Artillerie a. D. v. Horn, eingesetzt. General v. Horn führte seit sieben Jahren den Ryffhäuserbund, und es ist ihm gelungen, diese größte Einheit ehemaliger Soldaten geschlossen dem Volkskanzler des neuen Deutschen Reiches Adolf Hitler zu unterstellen.

Der Reichspräsident hat an General von Horn folgendes Handschreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr General! Mit Ihrer Absicht, von dem Amt des Bundesführers des Deutschen Reichskriegerbundes Ryffhäuser zurückzutreten, erkläre ich mich in Würdigung der mir vorgebrachten Gründe einverstanden. Bei Ihrem Ausscheiden aus diesem Amt gedenke ich der wortvollen vaterländischen Arbeit, die Sie in Ihrer langjährigen Tätigkeit als Führer des Ryffhäuserbundes geleistet haben und spreche Ihnen hierfür herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung aus. In alter Kameradschaft verbleibe ich mit freundlichen Grüßen Ihr ergebener

(gez.) von Hindenburg.

Die am 27. Januar in Berlin zusammengekommenen Landesführer des Ryffhäuserbundes haben einstimmig den Oberlandesführer der SA-R II, Oberst a. D. Reinhard, gebeten, die Führung zu übernehmen und sicherte zu, den Ryffhäuserbund in seinem Bestande zu erhalten.

## Zwischenfall bei einer Kaiser-Geburtstags-Feier.

Von zuständiger Stelle wird der reichsdeutsche Presse mitgeteilt:

Am Freitag abend veranstalteten die Offiziersverbände in Berlin anlässlich des Geburtstages des früheren Kaisers einen Festabend in den gesamten Räumen des Zoo. Bei der Fahrt der Teilnehmer kam es verschiedentlich zu Unruhen, weil entgegen dem erlassenen Verbot verschiedene Teilnehmer in Stahlhelminform und mit Hakenkreuzbinde erschienen waren. Im Verlauf der Festrede des Grafen von der Goltz entstand unter einem Teil der Zuhörer eine starke Empörung. Als von der im Saal herrschenden Empörung Nachricht zu der vor den Festalen stehenden Menschenmenge gelangte, versuchte diese in den Saal einzudringen. Die eingedrungenen 50 bis 60 Personen wurden gemeinsam durch SA und Polizei aus dem Saal herausgedrängt. Der Versammlungsleiter schloß infolge der herrschenden Unruhe vorzeitig die Versammlung. Zu Täglichkeiten ist es nicht gekommen. Eine eingehende Untersuchung ist auf ausdrückliche Anweisung des preußischen Ministerpräsidenten in die Wege geleitet worden.

## Ein neuer Reichshandelsführer ernannt.

Am Freitag fand im Reichswirtschaftsministerium in Berlin die feierliche Einführung eines neuen Reichshandelsführers und seines Stellvertreters statt. Die beteiligten Minister haben, ausgehend von dem Gedanken, daß ein Handelsmeister selbst der Führer des deutschen Handwerks sein müsse, den Spenglermeister Schmidt, M. d. R., Wiesbaden, für diesen bedeutungsvollen Posten ausgewählt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt hat dem bisherigen Präsidenten des Reichsstandes des Deutschen Handwerks, Herrn Dr. v. Renteln, seinen Dank für die aufopferungsvolle Arbeit ausgesprochen, und hat an den Präsidenten des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages, Bäckermeister Pflugmacher, freundliche Worte des Dankes beim Scheiden aus seinem Amt gerichtet.

Zum Stellvertreter des Reichshandelsführers hat der Reichswirtschaftsminister den bisherigen Vizepräsidenten des Reichsstandes des Deutschen Handwerks, Karl Böcking, ernannt.

## Ein Buch Görings.

Wie die „Boiss. Blg.“ erfährt, erscheint Mitte Februar im Verlag von Mittler u. Sohn, Berlin, ein Buch aus der Feder des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring mit dem Titel „Aufbau einer Nation“. Ministerpräsident Göring schildert in diesem, seinem ersten

Buch, die Lebensbedingungen Deutschlands, die Vorkriegszeit, den Zusammenbruch, die Revolte 1918 und schließlich den harren Kampf der nationalsozialistischen Bewegung für das Dritte Reich. Er entwickelt dann seine Gedanken über den Aufbau der Nation durch Adolf Hitler und geht neben der Behandlung einer Reihe anderer Fragen auch auf das parlamentarische und das Judenproblem ein. Das Buch Hermann Görings erscheint gleichzeitig in einem englischen

## Briefkasten der Redaktion.

Auktion 300. 1. Wenn Sie keine Handwerkerkarte haben, müssen Sie außer dem Patent auch die Umsatzsteuer bezahlen. 2. Wegen der gespendeten Maschine muß Ihre Frau als Eigentümerin derselben intervenieren, d. h. auf deren Freilassung klagen. 3. Wegen der Prändung des fremden Solzes muß der Eigentümer desselben die Interventionsklage einleiten und sie eventuell durch alle Instanzen treiben. 4. Wenn Ihr Sohn nicht verstrickt ist, kann ihm die Auflösung nicht verweigert werden. 5. Die fraglichen Nummern der Anleiheabschlußschuld sind in den letzten drei Jahren nicht ausgelöst worden.

„Ren“. 1. Zu dem fraglichen Handel in Danzig genügen die von Ihnen angegebenen Papiere. In polnischen Städten wird auch ein Marktstand erhoben. 2. Über die Staatsangehörigkeitsfrage müssen Sie bei dem Deutschen Konsulat in Thorn Auskunft erbitten. 3. Nur diejenige Person, die den Laden gemietet hat, hat für die Miete aufzukommen.

Alfred A. in Wesermünde. In den Städten bestehen fast überall Friedhofsvorordnungen, die das Begräbniswesen, die Grabstühlen für die Begräbnisplätze und die Dauer der Benutzung der letzteren regeln. Diese Ordnungen, die von den Gemeindebehörden erlassen werden und der Bestätigung durch die Landespolizei und der Kirchenaufsichtsbehörde bedürfen, unterliegen den Zeitverhältnissen entsprechend gewissen Veränderungen. So konnte z. B. eine Grabstätte auf dem evangelischen Kirchhof in Bromberg, wenn sie benannt war, 50 Jahre bestehen, und wenn sie gepflegt wurde, verfiel sie überhaupt nicht. Diese Bestimmungen haben sich geändert; jetzt verfällt die Grabstätte nach der neuen Ordnung schon nach 25 Jahren, ganz gleichgültig, ob sie unverstrickt und benannt ist. Wenn Sie also die Grabstätte Ihrer Eltern erhalten wollen, müssen Sie sie von neuem bezahlen. Sie müssen sich direkt mit dem Vorstand der Kirchengemeinde in Verbindung setzen.

G. W. G. 1. Wenn es sich um Restkaufgeld handelt, und das Grundstück schon wiederholt den Besitzer gewechselt hat, so ist anzunehmen, daß der jetzige Eigentümer nicht persönlicher Schuldner ist und nur für 18% Prozent haftet. Das wären 694,44 Zloty. Dazu lämen noch 5 Prozent Zinsen für die letzten drei Jahre = 104,16 Zloty, so daß im ganzen 798,00 Zloty zu zahlen wären.

Hedwig S. in B. 1. 18% Prozent von 2000 Zloty sind 694,44 Zloty. 2. Wenn diese Hypotheken am 1. Oktober d. J. fällig sind, müssen Sie bezahlt werden. Für Landwirte, die in Kreditfragen sich an das Gericht resp. an ein Kreisgericht wenden, kann durch diese Untere Zahlungsausschuß und auch Ratezahlung bewilligt werden. 3. Wenn derjenige, der eine Hypothekenschuld aufgenommen hat, das belastete Grundstück weiter verkauft, so bleibt er dem Gläubiger für diese Schuld solange als persönlicher Schuldner haftbar, bis einer seiner Rechtsnachfolger ihm diese Last abnimmt. 4. Der Betreffende hat kein Zurückzahlungsrecht; Sie können ihn zur Herausgabe zwingen. 5. Zu jeder Berichtigung des Grundbuchs ist die Vorlegung des Hypothekabriefs nicht nötig, aber derjenige, zu dessen Gunsten die Berichtigung erfolgen soll, kann die Vorlegung verlangen. Ist der Brief verloren gegangen, dann muß er durch Aufgebot kraftlos erklärt werden. 6. In der angegebenen Form können Sie auch deutsch schreiben. 7. Die fragliche Berufungsfrist beträgt 14 Tage.

M. W. 75. Das Testament können Sie aufzubewahren, wo Sie wollen; Sie können es bei sich im Hause verwahren oder es einem anderen in Verwahrung geben oder es auch bei Gericht deponieren. Das alles bleibt Ihnen unbenommen. Sodder, der ein Testament in Verwahrung hat, ist verpflichtet, es nach dem Tode desjenigen, der es errichtet hat, sofort dem Gericht einzurichten.

„Hein Hoyer 59.“ 1. In den Jahren 1919 bis 1928 einschließlich gab es noch keine Aufwertung. Was die 2000 Mark deutlich in diesen Jahren in deutscher und polnischer Papiermark ausgedrückt wert waren, können wir Ihnen im Rahmen des Briefkastens nicht ausmachen lassen, weil wir Ihnen ganze lange Zahlensätze vorführen müßten, die für Sie zwecklos wären. Wenn Sie uns bestimmte Monate in diesen Jahren angeben, deren Kurs für Sie Interesse hat, so wollen wir dem gern entsprechen. 2. Am 22.-23. Mai kostete Kuggen 114,00 bis 124,00 Mark.

Kr. 100. Bienenzucht. 1. Die Bienen kann man Ihnen nicht besteuern, aber nach dem Ertrag daraus kann man Sie bei der Nachprüfung Ihres Einkommensteuererklärung fragen. 2. Wir stellen Ihnen anheim, uns den bezüglichen Bescheid der Landwirtschaft zur Einsicht einzuführen. Dann werden wir Ihnen darüber Bescheid geben.

## Aenderungen im Rundfunk-Programm des Deutschlandsenders.

Montag, den 29. Januar. 20.00: Übertragung Köln: Unterhaltungskonzert.

Dienstag, den 30. Januar. 20.00: Reichssendung. Stunde der Nation. 21.00: Unterhaltungskonzert. Es spielt das Orchester des Deutschlandsenders unter Leitung von Edwin Lindner. 21.00: J. S. Bach-Konzert. 1. Orgel: Fantasie und Fuge G-moll. 2. Konzert G-moll für Klavier und Orchester. 3. Kantate Nr. 105 „Herr, gebe nicht ins Gericht“ für Soli, Chor, Orchester, Cembalo und Orgel. Ausführende: Susanne Fischer (Klavier und Cembalo), Walter Drvenski (Orgel), Gerda Clemmt (Sopran), Elisabeth Abe (Alt), Hans Hartwig (Bass). Chor und Orchester des Deutschlandsenders. Leitung: Hans Georg Görner. 22.00-23.00: Übertragung Leipzig: Nachmusik. Das Leipziger Sinfonie-Orchester unter Leitung von Willi Stefan. Der Frauenchor des Mitteldeutschen Rundfunks, Mitglieder des Gewandhausorchesters. 2. Unterhaltungskonzert. Leitung: Theodor Blumer.

Mittwoch, den 31. Januar. 20.10: Gedenken an Hans Makowski: „Gedenk für uns“, Schicksalsweg des deutschen Volkes 1914-1933. Eine Hörfolge von Günther Hoffmann. Musik: Erich Ernst. Spielleitung: Helmut Hansen. (Die für diese Zeit vorgesehene Veranstaltung „Das Schweinegeschlacht“ fällt aus.) 21.30: Panfahrensmärkte der alten Armee. (Die für diese Zeit vorgesehene Veranstaltung fällt aus.)

Freitag, den 2. Februar. 20.10-20.30: Schallplatten. (Die für diese Zeit vorgesehene Veranstaltung „Mit dem Deutschlandsender nach Italien“ fällt aus.)

# Als wir Hindenburg und Hitler feierten!

Bon einem, der mit dabei war.

Berliner Brief der „Deutschen Rundschau“.

Die Reichspost war gut beraten, als sie ihre Gedenkpostkarte zum 30. Januar nicht nur mit den Bildnissen Hindenburgs und Hitlers versah, sondern auch einen Ausschnitt des unvergesslichen nächtlichen Bildes wiedergab, das die Straßen des Regierungsviertels in der Nacht vom 30. Januar zum 31. Januar 1933 bot.

Hunderttausende waren Augen und Ohrenzeugen, aber keiner, dem das Glück beschieden war, dabei gewesen zu sein, wird das Erlebnis und die Eindrücke dieser Nacht jemals vergessen. Zu tief ist das Ereignis jener Nacht in das Gedächtnis eingegraben!

Ein Jahr ist inzwischen vergangen, und doch ist es uns so, als ob es erst gestern war, ja, ob der Faden des Erlebnisses noch nicht abgesponnen ist. Um 3/4 Uhr war die Entscheidung Hindenburgs gefallen. Beim Minuten später wurde sie den zur täglichen Pressekonferenz versammelten Journalisten bekannt gegeben. 1.10 Uhr verkündete der Rundfunk das Ereignis. In der dritten Nachmittagsstunde kamen die Vorabendblätter heraus. Sie enthielten außer der Mitteilung der Tatsache und der ersten Kommentare noch nichts davon, daß am Abend eine Huldigung und ein Fackelzug stattfinden werde. Die Beschlüsse hierzu wurden ganz unabhängig voneinander, von den verschiedensten Stellen der SA, SS und des Stahlhelms gefasst. Entsprechende Befehle kamen erst spät am Nachmittag heraus. Bei aller Organisation ist es doch nicht ganz einfach, in einer Riesenstadt wie in Berlin alle Angehörigen dieser Organisationen so zu unterrichten, daß sie rechtzeitig erscheinen könnten. Und dennoch; um 9 Uhr sollte der Fackelzug beginnen und 70 000 waren zusammengekommen.

Wir waren damals im Palais Friedrich Leopold am Wilhelmplatz, das heute das Heim des Reichspropaganda-Ministeriums ist. Der neue Reichspresso Dr. Funk und der neue Reichsminister des Innern, Dr. Frick, stellten sich mit programmatischen Aussführungen der Presse vor. Die ersten Mitteilungen über die bevorstehende Auflösung des Reichstags wurde bereits bekannt gegeben. Aber in die feierliche Stille des schönen pompejanischen Saales tropften bereits von außen herein die ersten Klänge der Musik und des Gefanges, unterbrochen von stürmischen Heilrufen. Wir eilen an die Fenster und verteilen uns auf die Zimmer der Reichspressestelle. Zu den deutschen Journalisten gesellen sich allmählich auch die ausländischen Vertreter, die nunmehr die beste Gelegenheit haben, sich von der wahren Volkstimmung zu überzeugen.

Die Wilhelmstraße ist schwarz von Menschen. Versuche der Polizei, die Fahrbahn freizuhalten, mißglücken. Und wenn es wirklich einmal auf kurze Zeit gelingt, sind doch im Handumdrehen neue Menschenstaunungen da. Zwei Brennpunkte des Jubels sind es besonders, die geradezu eine Magnetkraft auf die Menschen ausströmen. An einem Fenster steht der ehrenwürdige Vater des Vaterlandes, dessen entscheidender Entschluß die große Wende herbeigeführt hat. Am anderen Fenster zeigt sich der Führer. Immer wieder von neuem branden an den Mauern des altherwürdigen Reichskanzlerpalais und der neuen Reichskanzlei die Heil- und Hochrufe empor. Immer wieder von neuem erkönt Gesang. Einmal ist es das Deutschlandlied, ein andermal das Horst-Wessel-Lied.

Plötzlich, man weiß gar nicht, woher sie kommen, marschieren die feurigen Kolonnen heran. Fackeln, Fackeln, Fackeln. Musik, Musik, Gesang. Was der Polizei nicht gelang, ist mit einem Schlag ermöglicht: die Bahn ist frei für die endlosen Pataillone in braun und feldgrau, eine Stunde, zwei Stunden, drei Stunden, vier Stunden, ununterbrochen ziehen sie vorüber, die Fahnen neigen sich vor Hindenburg und Hitler, die Arme recken sich zu ihnen empor. Es ist ein unbeschreibliches tief aufwühlendes Erlebnis für jeden. Es ist nicht mehr ein Ahnen, sondern ein Wissen um die neue Zeit, die nunmehr anhebt.

Auf dem Wilhelmplatz lodern zwei Riesenfeuer. Es sind die Fackeln, die man dort zusammengeworfen hat. Sie brennen fast die ganze Nacht hindurch. Vor ihrem Schein verblaßt das Rotgelb der elektrischen Lampen und das Weißgrün der Gaslaternen. Über die Gesichter strahlen im Widerschein, vaterländische Freude verleuchtet den Augen auch innere Leuchtkraft.

Das war die denkwürdige Nacht vom 30. Januar. Es ist schön, daß sie, im Bild verewigt, noch einmal aller Welt bekannt gegeben wird. Noch unvergessener fragen wir sie über in unserem Herzen. R. K.

## Airchenfrieden.

Die Wirkung des Besuchs

der Airchenführer beim Reichskanzler

Airchenamtlich wird durch den Evangelischen Presseamt in Berlin mitgeteilt:

Im Anschluß an die Besprechung, die der Reichskanzler mit einzelnen Kirchenführern der Deutsch-Evangelischen Kirche am 25. Januar in der Reichskanzlei führte, hatte der Reichsbischof sämtliche Kirchenführer der Deutsch-Evangelischen Kirchen am Sonnabend, dem 27. Januar, zusammenberufen. Es wurde bei dieser Gelegenheit eine Erklärung einstimmig abgegeben, in der es heißt:

„Die versammelten Kirchenführer stellen sich geschlossen hinter den Reichsbischof und sind gewillt, seine Maßnahmen und Verordnungen in dem von ihm gewünschten Sinn durchzuführen, die Kirchenpolitische Opposition gegen sie zu verhindern und mit allen ihnen verfassungsgemäß zustehenden Mitteln die Autorität des Reichsbischofs zu festigen.“

Der Landesbischof — oberste Autorität der Altpreußischen Union.

Airchenamtlich wird durch den Evangelischen Presseamt mitgeteilt:

Der Reichsbischof hat am 26. Januar in seiner Eigenschaft als Landesbischof der evangelischen Kirche der altpreußischen Union folgende Notverordnung erlassen:

„Für Sicherung einheitlicher Führung der evangelischen Kirche der altpreußischen Union verordne ich gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche und gemäß § 1 des altpreußischen Kirchengesetzes über die Errichtung des Landeskirchensamtes und von Bistümern vom 6. September 1933 das folgende:

§ 1. Die Befugnisse des Kirchenrats der evangelischen Kirche der altpreußischen Union werden durch den Landesbischof ausgeübt.

§ 2. Der Landesbischof ist berechtigt, dem Evangelischen Oberkirchenrat und den ihm nachgeordneten Stellen der allgemeinen kirchlichen Verwaltung Weisungen zu erteilen.

§ 3. Auf das Verhältnis des Bischofs zum Konistorium der Kirchenprovinz findet § 2 entsprechende Anwendung.

§ 4. Entgegenstehende Bestimmungen der Verfassung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union bleiben für die Geltungsdauer dieser Verordnung außer Anwendung. Die presbyterianisch-synodale Ordnung der kirchlichen Selbstverwaltungsverbände bleibt unberührt.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.“

## Begründung:

Zu dieser Notverordnung wird folgende amtliche Erläuterung ausgegeben: „Die Gegensätze in der evangelischen Kirche haben in der letzten Zeit so schroffe Formen angenommen, daß Pfarrer nicht davor zurücktreten, ihre Auseinandersetzung gegen das Kirchenregiment sogar in die Gottesdienste zu tragen. Diesen unerträglichen Zuständen mußte ein Ende gemacht werden. Es handelt sich um die Herstellung der äußeren Ordnung und Führung in der Kirche, die erstrebten werden müssen, wenn die Kirche den Dienst der Verkündung

des Evangeliums im deutschen Volk erfüllen soll. Es ist zu wünschen, daß durch diese Verordnung die Befriedung innerhalb der evangelischen Kirche ein gutes Stück vorwärtsgetrieben wird.“

## Jedem das Seine!

Die Evangelischen von Choroszec halten wieder Gottesdienst in ihrer Kirche.

Der aufsehenerregende Vorsatz in der kleinen Stadt Choroszec in der Nähe von Bielsko, wo polnische Katholiken mit ihrem Priester an der Spitze mitten im evangelischen Gottesdienst das evangelische Gotteshaus besetzten, hat auch die ausländische Presse vielfach beschäftigt und ein sehr ungünstiges Licht auf die Verhältnisse hierzulande geworfen. Nach dem ersten Pressebericht hatte sich die Gemeinde sowohl an den Wojewoden wie an die kirchliche Behörde in Warschau gewandt und um sofortige Abhilfe gebeten.

Wie wir bereits früher mitteilen konnten, ist durch die energischen Bemühungen des Bielsker Wojewoden, Herrn Syndram-Kosciałkowski, den Evangelischen bereits vor einigen Wochen das gesamte geplante Kirchentheft zurückgestellt worden. Dieses hat bereits in der Kirche Aufstellung gefunden. Auch einige Schlüsse, die man der Gemeinde genommen hatte, sind wieder zurückgegeben worden. Da damit die Rückgabe der Kirche als offiziell angesehen werden konnte, fand am 14. Januar wieder zum ersten Male nach dem Kirchenraub evangelischer Gottesdienst in der Choroszcer Kirche statt. Der Gottesdienst verlief ohne Störung. Somit dürfte wohl der Fall als erledigt angesehen werden.

Wie die Lodzer „Freie Presse“ mitteilt, hat das Warschauer Konsistorium den gerichtlichen Weg beschritten, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Wie erinnerlich, hatte die katholische Gemeinde schon in den nächsten Tagen nach der Besetzung den Fußboden aufgerissen, um bauliche Veränderungen vornehmen zu lassen.

## Sühne für Mairowski's Tod.

Aus Berlin wird gemeldet:

Am Freitag Mittag verkündete Landgerichtsdirektor Ohnsorge im Mairowski-Prozeß das Urteil gegen die 53 kommunistischen Angeklagten. Insgesamt wurden 38 Jahre Zuchthaus und etwa 95 Jahre Gefängnis verhängt.

Der Angeklagte Nossel erhielt zehn Jahre Zuchthaus, Müller und Chorakzy acht Jahre Zuchthaus, Leese und Vorhardt je sechs Jahre Zuchthaus.

Zu Gefängnisstrafen wurden verurteilt Gleichenberg, Braun, Böhning und Schmidt je sieben Jahre, Plessow, Leder, Thoms und Wolff je sechs Jahre, Max Schuckard fünf Jahre, Bieder vier Jahre. Die übrigen 33 Angeklagten erhielten weiterhin Gefängnisstrafen zwischen 6 Jahren und 6 Monaten, darunter die weiblichen Angeklagten Therese Rossel ein Jahr Gefängnis und Marie Vorherr 9 Monate Gefängnis. Der Angeklagte Kołasa wurde freigesprochen. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten voll angerechnet.

Das Gericht verkündete ferner den Beschuß, daß das Verfahren gegen den Angeklagten Menger, der des fortgesetzten Hochverrats hinreichend verdächtig ist, an das Reichsgericht verwiesen wird. Die Haftbefehle gegen die Angeklagten Kołasa, Borowski, Borkow, Hagedorn und Grothe werden aufgehoben.

Von der Lubbes Haupt ist gefallen! Damit ist der Schlüpfunkt gesetzt worden hinter ein Kapitel der politischen und kriminellen Geschichte, das eines der markantesten bleibt. Der Mann, der auf frischer Tat ertappt wurde und sein Verbrechen eingestanden hat, büßte seine Tat mit dem Leben. Sühne für schwere Schuld! Aber damit ist das Schuldonto des Kommunismus noch nicht gelöst. Noch stehen schwere Posten auf ihm. Wie der Kommunismus arbeitete und noch weiter zu arbeiten gedachte, hat vor allem der Mairowski-Prozeß enthüllt, der nun nach mehr als 16-wöchiger Dauer durch den Spruch des Gerichtes beendet worden ist.

Der Prozeß hat nicht das Interesse der Öffentlichkeit gefunden, wie er es an sich verdient hätte. Er stand, zumal in den Wochen, in denen das Reichsgericht in Berlin tagte, allzu sehr im Schatten des Prozesses gegen von der Lubbe und Genossen, als daß man noch Zeit und Beachtung den Vorgängen im Moabit-Gerichtssaal entgegenbrachte hätte. Und das ist um so mehr zu bedauern, als der Mairowski-Prozeß in viel reicherem Maße, als es sich beim Reichstagbrandstifter-Prozeß ergab, einen Einblick in die unterirdische Organisation, aber auch einen Begriff von der unglaublichen kommunistischen Verhebung gewisser Teile der Jugend in der Reichshauptstadt vermittelte. Der Nicht-berliner kann sich nur schwer eine Vorstellung davon machen, wie die Nachricht von der Erschießung des Sturmführers Mairowski und des Polizeiobmannes Bauritz Revision eingelegt. Der Prozeß wird voraussichtlich noch einmal zur Verhandlung kommen.

der Vorgänge nicht rekonstruiert werden konnte. 53 der an dem Überfall Beteiligten, unter denen sich charakteristischer Weise auch zwei Frauen befanden, die die Verteilung der Revolver besorgten, hat die Justiz ermitteln können. Hunderte hätten es sein müssen, die für ihre verbrecherischen Taten sich hätten verantworten sollen. Es ist bezeichnend für die Ideenwelt der Angeklagten, daß sie nach bekannten kommunistischen Methoden entweder logen oder ableugneten. Wiederholt ist es zu heftigen Zusammenstößen gekommen, weil sie durch ihr freches Benehmen das Gericht in unerhörter Art provozierten. Dabei können sie noch von Glück sagen, daß der Vertreter der Anklage keine Todesstrafen beantragt, sondern sich auf Freiheitsstrafen beschränkt hat. So sind sie mit Zuchthaus- und Gefängnisstrafen davongekommen, wenn auch zum Teil von erheblichen Ausmaßen. Nur der Umstand, daß es noch andere gibt, die schuldiger sind als sie, hat sie vor der allerschwersten Sühne bewahrt.

Die Bartholomäusnacht von Charlottenburg ist gesühnt, soweit man der Schuldigen haftbar werden konnte. Prozeß und Urteil sind aber nicht nur vom rein juristischen Standpunkt aus bemerkenswert. Die Verhandlungsresultate tragen die Lehre in sich, daß der neue Staat hart sein und zugreifen muss. Wäre das Rad der Geschichte nach der anderen Seite gerollt, und wäre der Bolschewismus zur Macht gelangt, dann wären seine Widerläufer in einem Meer von Blut vernichtet worden. Im Karl Liebknecht-Haus, dem früheren Hauptquartier der Berliner Kommunisten, sind Listen aufgefunden worden, die die Namen von etwa 21 000 Berliner Einwohnern enthielten. Es steht fest, daß sie nicht etwa als Geiseln festgenommen, sondern sofort erschossen werden sollten. Und wie für Berlin, war auch für eine Reihe von Städten im Reich die Vorbereitung für eine blutige Bartholomäus-Nacht getroffen. Ein gütiges Geschick und die Kraft der nationalen Erhebung haben es gesagt, daß diese Mordpläne nicht zur Ausführung kamen.

## Revision im Mairowski-Prozeß.

Wie die Justizpressestelle Berlin mitteilt, hat die Staatsanwaltschaft im Prozeß gegen die Mörder des Sturmführers Mairowski und des Polizeiobmannes Bauritz Revision eingelegt. Der Prozeß wird voraussichtlich noch einmal zur Verhandlung kommen.

## Rundschau des Staatsbürgers.

### Einziehung von Bahnmarktscheinen.

Vielfach besteht Unklarheit über die Gültigkeit der Bahnmarktscheine, nachdem im Oktober v. J. ein Aufruf von Bahnmarktscheinen erfolgt ist. Es ist deshalb darauf hinzzuweisen, daß es sich bei diesem Aufruf um die Bahnmark-Reichsbanknoten handelt, die das Ausgabedatum des 11. Oktober 1924 tragen. Diese Noten verlieren allerdings bereits am 31. Januar ihre Gültigkeit im allgemeinen Verkehr, so daß es höchste Zeit ist, noch im Besitz des Publikums befindliche Noten dieser Serie abzuliefern. Auch die Reichsbanknoten nehmen sie nur noch bis Ende Februar zur Einlösung an. Der größte Teil dieser Bahnmarktscheine, von denen früher eine Milliarde Mark im Umlauf waren, ist im Laufe der Jahre bereits eingezogen worden, es befinden sich aber immer noch 23 Millionen Reichsmark davon im Verkehr. Die Ablieferungspflicht erstreckt sich aber nur auf diese Scheine aus dem Jahre 1924. Alle übrigen Bahnmarktscheine, die das Datum des 22. Januar 1929 tragen, behalten auch fernerhin ihre Gültigkeit, ebenso die Rentenmarktscheine, die das Ausgabedatum vom 3. Juli 1925 tragen.

Wie verlautet, wird besonders die Einziehung der Dreimarkstücke, die bekanntlich reißlos aus dem Verkehr gezogen werden sollen, in den nächsten Tagen mit Nachdruck betrieben werden, um das für die Ausprägung der neuen kleinen Fünfmarkstücke erforderliche Silber zu gewinnen. Von den neuen Fünfmarkstücken sind bisher nur die Luther-Gedenkmünzen im Gesamtwert von einer Million Reichsmark in den Verkehr gebracht worden. Die Ausprägung der eigentlichen neuen Fünfmarkstücke hat noch nicht begonnen.

# Wirtschaftliche Rundschau.

## Die endgültigen Zucker-Kontingente.

Der Handelsminister veröffentlicht im "Dziennik Ustaw" vom 26. Januar eine Verordnung über die endgültigen den Zuckerfabriken Polens zustehenden Zuckerkontingente. Auf Grund der internationalen Vereinbarung des Chadburne-Plans steht Polen das grundsätzliche Ausfuhrkontingent von 2770 908 Quintalen Zucker zu. Das Vorratskontingent der Zuckerfabriken ist auf Grund dieser Verordnung mit 189 968 Quintalen festgesetzt worden.

Aus der nachfolgenden Tabelle sind die für die Zuckerfabriken Polens und Pommerschen festgelegten Kontingente ersichtlich:

Zuckerfabriken	Produktion	Grundsätzl. Kontingent	Vorrats- Kontingent	Ausfuhr- Kontingent
Kampagne 1933/34	90,334 %	5 % des Grundsätzl. Kontingents		
Schweiz	24 474	22 108	1 106	21 950
Melno	36 362	32 852	1 642	32 612
Gnesen	44 089	39 827	1 991	39 542
Unislaw	46 518	42 021	2 101	41 720
Wierzchowice	58 720	53 044	2 652	52 664
Szroda	69 128	62 446	3 122	61 998
Zin	77 681	70 172	3 500	69 669
Tuczo	78 918	71 289	3 564	70 778
Pelplin	79 714	72 008	3 600	71 492
Kosten	84 706	76 518	3 826	75 960
Nakel	90 223	81 501	4 075	80 917
Gostyn	90 670	81 905	4 095	81 318
Görlitz	(Mielska Góra)	94 432	85 304	4 265
Witachows	96 664	87 320	4 366	86 694
Kruszwitz	97 048	87 667	4 383	87 088
Samter	97 818	88 362	4 418	87 729
Wreschen	100 856	91 107	4 555	90 454
Zaniaw	112 685	101 792	5 000	101 063
Matyń	113 866	102 859	5 148	102 122
Opalenica	141 049	127 414	6 371	126 501
Culmsee	164 081	148 220	7 411	147 158

## Einfluß der Dollarstabilisierung auf die Wirtschaftsverhältnisse in Polen.

Die jüngsten Maßnahmen des Präsidenten Roosevelt auf dem Gebiete der Finanz- und Währungspolitik haben auch in Polen ein starkes Echo gefunden. Im Laufe des vergangenen Jahres hat sich jedoch Polen von der Dollarmärkte so weit frei gemacht, daß gegenwärtig die amerikanischen Maßnahmen keinen unmittelbaren Einfluß mehr auf die Wirtschaftslage Polens ausüben können.

Die beabsichtigte Stabilisierung des Dollars auf einem Niveau von 60 Prozent des früheren Wertes kann, so meint man in polnischen Fachkreisen, nur einen Einfluß auf die Verminderung der polnischen Auslandsbilanz, und zwar sowohl der staatlichen, als auch der privaten Verpflichtungen, ausüben. Infolge der Dollar- und Pfundstabilisierung hat sich die Verschuldung, wie bereits in einem anderen Zusammenhang berichtet wurde, erheblich gesenkt. Aus der Pfundstabilisierung erzielte Polen einen Gewinn von 65 Mill. Zloty und aus der Dollartabilisierung einen solchen von rund 940 Mill. Zloty. Eine Stabilisierung des Dollars auf einem Niveau, das den gegenwärtigen Kurs noch weiter unterbietet, würde die Gewinne noch steigern. Die Privatwirtschaft in Polen würde, so meint man, durch den Dollartausch noch weit mehr als der polnische Staat gewinnen.

Wenn der Dollar tatsächlich nach den Absichten des Präsidenten Roosevelt stabilisiert werden sollte, erwartet man hieraus einen günstigen Einfluß auf die Abwicklung freimülliger Vergleiche in bezug auf die Rückzahlung privater Dollarverbindlichkeiten. Bisher waren die Klagen über die Zahlungen von Dollarverbindlichkeiten infolge der Ungewissheit der Dollarkursentwicklung Jahr er schwert. Vorwiegend wurden diese Vergleiche auf die Hälfte des ehemaligen Dollarwertes abgeschlossen. Die Stabilisierung des Dollars würde diese Auseinandersestellungen erleichtern. Dies sind die beiden wichtigsten wirtschaftlichen Folgen, die sich nach Ansicht polnischer Finanz- und Wirtschaftskreise aus der Stabilisierung der amerikanischen Währung für Polen ergeben würden. Zu betonen wäre noch, daß gegenwärtig in Polen Dollarnoten im Verhältnis zu früher nur noch in ganz geringen Mengen im Verkehr sind. Gefunden sind auch ganz erheblich die Dollar-einslagen bei den polnischen Bankinstituten.

Fusion der Bank Handlowy mit der Bank Angielsko-Polski? In Warschau hält sich hartnäckig das Gerücht, daß die Fusion der Bank Handlowy mit der Bank Angielsko-Polski bereits vollendete Tatsache sei. Eine Bestätigung ließ sich noch nicht erhalten, doch hat bekanntlich Lord Churchill, in der Generalversammlung der British Overseas Bank in London, die an der Bank Angielsko-Polski beteiligt ist, Anfang Dezember ausgeführt, daß die Fusion der beiden Institute wahrscheinlich noch vor Ablauf des Jahres Tatsache sein werde. Es besteht also immerhin die Möglichkeit, daß die Meldung richtig ist.

Rückgang des polnischen Gierexports nach Deutschland. Seit 1929 geht die polnische Gierausfuhr ständig zurück. Während der Wert der Gierausfuhr 1929 noch 142,5 Mill. Zloty betrug, stellte er sich im Jahre 1933 kaum noch auf 88 Mill. Zloty. Bereitsche Abwehrmaßnahmen der Konsumländer, sowie Devisenschwierigkeiten bedingen diesen starken Ausfuhrrückgang. Besonders auffallend ist der Rückgang der polnischen Gierausfuhr nach Deutschland. 1929 gelangten für 71,7 Mill. Zloty polnisches Gier ins Reich. Dies stellte ungefähr die Hälfte des polnischen Gierausfuhr dar. 1933 waren es nur noch etwas über 6 Mill. Zloty, d. h. kaum 15 Prozent der polnischen Gierausfuhr. Einen Ausweg aus dieser Situation verspricht man sich in Polen von der Einführung von Ausfuhrprämiene.

## Firmennachrichten.

v. Thorn (Toruń). In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen der Firma L. Skafit in Thorn Gläubigerversammlung am 15. Februar 1934, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 7.

v. Thorn (Toruń). Zwangsversteigerung des in Gumowo belegenen und im Grundbuch Gumowo, Blatt 2, auf den Namen Helena Mielcarzowa eingetragenen Grundstücks (83,19,40 Hektar Ackerland mit Hofraum und Gebäuden) am 28. März 1934, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 7.

v. Thorn (Toruń). Zwangsversteigerung des in Thorn, ul. Beglariska, belegenen und im Grundbuch Thorn, Stare Miasto, Blatt 109, auf den Namen der Jadwiga Mierzejewka eingetragenen Grundstücks (Hotel pod Lwem) am 11. April 1934, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 7.

v. Straßburg (Brodnica). Zwangsversteigerung des in Straßburg belegenen und im Grundbuch Straßburg, Blatt 688, auf den Namen Lyba Rebe in Rypin eingetragenen Grundstücks (Bauplatz, Villa, Wohnhaus usw.) am 18. April 1934, 9 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 40.

v. Gdingen (Gdynia). Zwangsversteigerung des in Gdingen Kamienno Góra belegenen und im Grundbuch Kamienno Góra, Band 9, Blatt 308, auf den Namen der Maria Duliuska geb. Szczekla in Gdingen eingetragenen Grundstücks (Parzelle von 696 m² mit massiver Villa), am 17. März 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 33.

v. Pasig (Puck). Zwangsversteigerung des in Starzynski-Dwór belegenen und im Grundbuch Starzynski-Dwór, Blatt 195, auf den Namen der Haliza Aleksandra Rupnowa, geb. Korfanta, eingetragenen Grundstücks (468 Morgen Land, Wohnhaus, Ställe, Scheune, Arbeiterwohnhaus usw.) am 7. April 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 6.

v. Wielowieś-Hallerowo belegenen und im Grundbuch Wielowies, Blatt 199, auf den Namen des Generals Józef Haller in Wielowies eingetragenen Grundstücks (2 Wohnhäuser, Holzbaracken usw., Wald und Bauplatz mit einem Flächeninhalt von 4,62,83 Hektar) am 21. April 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 6.

# Ein Jahr neue Wirtschaft.

## Grundsätzliches über die Wirtschaft im neuen Deutschland.

Am 30. Januar jährt sich zum ersten Male der Tag, an dem im Reiche ein Umschwung auf allen Gebieten eingetreten ist. Von der wirtschaftlichen Seite her ist eine Neuordnung der Verhältnisse auf politisch, kulturellem, sozialem und nicht zuletzt auf wirtschaftspolitischem Gebiete in Angriff genommen worden. Man muß das Wesen des Staates und der in ihm lebenden Volksgemeinschaft kennen, um zu wissen, von welchen ausschlaggebenden Bedeutung eine wirtschaftspolitische Grundlage für die Beeinflussung aller Lebensfragen eines Volkes ist. Wenn wir heute nach 12 Monaten neuer Arbeit im Reich zurücksehen, dann nur um eine Bilanz zu ziehen und um festzustellen, daß die Anfänge zum neuen Bau eines neuen Deutschlands gemäßig sind. Erst in den nächsten Jahren werden die Formen dieser gigantischen Erhebung klar hervortreten, um der Welt zu zeigen, was eine Gegenwart voller Kampf, Anstrengung und Entfernung geleistet hat.

Wir geben im folgenden einen Überblick über den Wandel, der sich in den einzelnen Zweigen der deutschen Wirtschaft im Laufe eines Jahres vollzogen hat.

## Landwirtschaft.

Um zunächst das eigene Hans wieder in Ordnung zu bringen, das durch Kriegsschäden, Inflation und Kapitalabzug bis in seine Grundmauern erschüttert war, hat das nationalsozialistische Deutschland eine neue Bauernpolitik eingeführt. Sie wird dem Bauernstand eine sichere und gesunde Lebensmöglichkeit auf deutschem Boden geben und wird sie auch durch Herstellen des Bauern von den Stürmen des Weltmarktes und durch Absonderung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse von der Spekulation zu erhalten wissen.

Dabei ergibt es sich ganz von selbst, daß Deutschlands eigener Boden weitaus stärker als bisher zur Ernährung des ganzen Volkes herangezogen wird, soweit er aus Gründen der Bodenbeschaffenheit und nicht zuletzt des Klimas dazu befähigt ist. Hierdurch wird die Einfuhr von Nahrungsmitteln aus dem Ausland zu einer Vergünstigung, die ohne Gegenleistung nicht gewährt werden kann. Aus der Erwägung heraus, ob die Einnahme ausländischer Nahrungsmittel mit der Erhaltung eines gesunden deutschen Bauerntums vereinbar ist, wird die Regelung der Einfuhr von statthen geben. In Deutschland bleibt auch bei wirtschaftlicher Bodenbearbeitung noch immer ein Bedarf an landwirtschaftlichen Gütern, bei denen es sich zum Teil um Erzeugnisse eines fremden Klimas, zum Teil um Zuschüsse zur eigenen Erzeugung handelt. Hier darf nicht angenommen werden, daß die Einfuhr solcher Produkte bei erhöhter Entwicklung der Landwirtschaft abnehmen wird. Vielmehr muß im Gegenteil mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß eben, weil sich die Landwirtschaft zur besten Blüte entfaltet, auch die allgemeine Wirtschaftslage gehoben wird. Somit muß der Verbrauch eines 65-Millionen-Volkes an diesen Stoffen steigen und die Bedeutung Deutschlands als Verbraucher größer werden.

## Industrie.

Wenn sich demgemäß Deutschland ohne völlige Ummodelung seines derzeitigen Lebensstandards auf landwirtschaftlichem Gebiet allein mit den eigenen Erzeugnissen nicht begnügen kann, so ist dies in noch weitaus stärkerem Ausmaße bei den nicht agrarischen Erzeugnissen des Landes der Fall.

So ist beispielweise Deutschland reich an Stein- und Braunkohle, überreich an Kali und Salz, aber - arm an Phosphaten; es fehlt Nitrate, aber ein großer Aufschlußbedarf besteht bei Eisen-erzen. Es fehlt das Binn und Mangel herrscht an Kupfer. Die Aluminiumindustrie ist auf ausländischen Bauxit angewiesen und die Erdölquellen decken nur einen geringen Teil des Bedarfs. Die Eisen- und eisenbeschaffende Industrie, die Textilindustrie, die elektrische und die Maschinen-Industrie, die Industrie der Nichtmetalle und die Papierindustrie, wie sehr sind sie auf fremde Volkswirtschaften angewiesen! Wollte man diese Fäden, die sich aller Orten und nach allen Richtungen der Windrose über Deutschlands Grenzen spannen, brutal zerreißen, so würde das den Untergang dieser Industrien, maßlose Arbeitslosigkeit, Verzerrung des Wirtschaftslebens - auch in der Landwirtschaft - bedeuten. Arbeit und Auskommen der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung verschaffen, ist angeblich der Millionenzahl der Arbeitslosen die ungebührliche schwierige Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik der nächsten Zeit. Erschwert wird die Ermächtigung des Endziels dadurch, daß eine Beschäftigung erreicht werden muß, die dem hohen Stand der deutschen technischen Kultur entspricht. Nicht nur ein wirtschaftspolitisches, sondern auch ein nationalsozialistisches Ziel verfolgt dieses Streben, denn es ent-

spricht keineswegs dem Idealbild des neuen Deutschen Reiches, die Bevölkerung in Primitivität zurückzuführen zu lassen. Im Gegen teil: zur höchsten Entwicklung muß sie emporgeführt werden.

Im Dritten Reich ist kein Platz für schrankenlose Egoismus, der sich zum Schaden des allgemeinen Wohles auswirken kann. Deshalb hat sich die deutsche Wirtschaft den nationalpolitischen Zielen anzupassen. Vielfach wird der neue Staat ringen gebend vorzugehen haben und zwar überall dort, wo ohne mißverstanden werden. Denn keineswegs will es die Programme der einzelnen Betriebe gelöst werden können oder der private Unternehmergeist unrichtige Wege einzuschlagen befürchtet, wie z. B. durch die Errichtung neuer Anlagen, die zur Überproduktion führen müssen. Hier darf Deutschland jedoch nicht mißverstanden werden. Denn keineswegs will es die Programme der einzelnen Betriebe vorschreiben oder gar unmittelbar leiten. Vielmehr bleibt der Unternehmer für seinen Betrieb voll verantwortlich; er soll auf eigenen Risiko wagen, planen und wirtschaften und muß also die privatwirtschaftliche Rentabilität des Betriebes beachten. Hier ist der Staat bestrebt, ihm zu helfen, denn er verbürgt Sicherheit und Ordnung auf allen Gebieten und überwacht den Geldmarkt. Einsteils ist also die Tätigkeit des Unternehmers verantwortungsvoller als früher, denn von ihm wird verlangt, daß er bei all seinem Schaffen das Wohl der Allgemeinheit im Auge behält.

## Handel.

Dasselbe gilt auch für den Handel. Denn auch er wird auf der einzelnen Person des unternehmenden Kaufmanns aufgebaut, der auf Grund guter Fachkenntnisse sein Geschäft überzieht und für seine Handlung voll verantwortlich ist, sowie mit seiner Person und seinem Vermögen bestellt. Daher ist Raum genug für den Großhändler vorhanden, der durch Lagerhaltung und Finanzierung dazu beiträgt, eine gleichmäßige Beschäftigung der Produktionsstätten zu fördern. Der brancheidige Einzelhändler wird sich im freien Wettbewerb ebenso betätigen können.

Deutschland ist ein hoch industrialisiertes Land. Vorausgesetzt, daß die Rohstoffe zur Verarbeitung stehen, können mit dem vorhandenen Apparat nahezu alle Arten von Produktionsmitteln und Verbrauchsgütern hergestellt werden. Die Erzeugungskraft reicht im wesentlichen Umfang sogar für die Ausfuhr, denn die Exportquote der deutschen industriellen Sachgüterproduktion betrug im letzten Vorriegsjahr 26,5 Prozent, erreichte 1931 den Höchststand mit 32,2 Prozent und ging im Jahre 1933 auf 20,7 Prozent zurück. Bei der Rohstoffarmut Deutschlands einerseits und seinem Menschenüberfluss nebst dem Stande seiner Technik andererseits, ist eine gegebene wirtschaftliche Aufgabe die höchste Verfeinerung der Rohstoffe.

Der industrielle Teil der deutschen Wirtschaft ist auf engste mit dem landwirtschaftlichen Teil als Abnehmer der Industrieerzeugnisse verbunden. Nach Schätzungen verblieben im Jahre 1928 (für die Zeit seit noch keine genauen Schätzungen vorhanden) von der industriellen Produktion von etwa 50 Milliarden RM. etwa 44 Milliarden RM. im Inland, während nur 6 Milliarden RM. im Ausland abgeführt wurden. Vom Inlandsabsatz gingen 18 Milliarden RM. an die deutsche Industrie selbst für Investitions- und Verbrauchszecke im Verhältnis 1 : 1, und an die Landwirtschaft wurde ebensoviel wie an das Ausland, also für 6 Milliarden RM. abgeführt.

Bon der im Tiepunkt der internationalen Beschäftigung 1932 auf 60 Prozent des Jahres 1928 gefallenen und jetzt wieder auf 65 Prozent gestiegenen industriellen Erzeugung dürfte nunmehr die Landwirtschaft parallel mit ihrer Entwicklung, einen bedeutend größeren Anteil beanspruchen als früher. Somit gewinnt die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Landwirtschaft für die Absatzmöglichkeit der deutschen Industrie wachsende Bedeutung.

Trotzdem darf sich aber niemand der Täuschung hingeben, daß die Landwirtschaft vielleicht einen vollen Erfolg für den Außenmarkt bieten könnte. Denn auch für Deutschland ist eine starke Ausfuhr lebensnotwendig, soll seine Industrie angenommen des gesamten Weltwirtschaftsmarktes wieder blühen und sollen seine brach liegenden Arbeitskräfte wieder voll beschäftigt werden.

Über die Auswirkung des deutsch-polnischen Roggenabkommens äußert sich in einem Artikel der polnischen Regierungskreise naheliegende "Kurier Poranny". Das Blatt stellt fest, daß das neue deutsch-polnische Roggenabkommen, das erst einen Monat läuft, zwar noch keine Steigerung der Ausfuhr der beiden Länder habe bringen können, da die Roggentunden Deutschlands und Polens weiter die Neigung befindeten, ihre Roggenimport einzuschränken. Dagegen habe das Abkommen einen gewissen Einfluß auf die Preisgestaltung an den ausländischen Getreidebörsen und zwar besonders in Amsterdam ausgeübt, und auch auf dem innerpolnischen Markt sei infolgedessen ein leichtes Ansteigen der Roggenpreise zu verzeichnen gewesen. Vor allen Dingen habe der ständige Rückgang der Roggenpreise aufgehört. Das Blatt erhofft von den nächsten Monaten noch stärkere Auswirkung des Abkommens.

Allgemeine Tendenzen: ruhig. Hafer schwächer. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	195 to	Käffkärtartoffel	- to	Hafer	- to
Weizen	347 to	Speisekartoffel	- to	Belutschien	27 to
Mahlgerste	57 to	blauer Mohn	15 to</td		